Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsschluss, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 7. Januar 1932.

Wiederwahl Hindenburgs?

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Der Reichskanzler empfing am Donnerstag in Gegenwart des Reichswehr- und Reichsinnenministers Herrn Hitler aus Braunau. Gegenstand der Besprechung war die Reichspräsidentenwahl.

Der Plan, der gegenwärtig von der Reichsregierung zur Debatte gestellt is und am Donnerstag nicht nur mit Hitler erörtert wurde, ist im engsten Kreis von Regierungsmitgliedern schon seit einiger Zeit erwogen worden. Er läuft dar auf hinaus, angesichts der bevorstehenden aussenpolitischen Verhandlungen die Amtsperiode des Reichspräsidenten durch eine qualifizierte Mehrheit im Reichstag verlängern zu lassen und dazu möglichst noch in diesem Monat die parlamentarischen Voraussetzungen zu schaffen. Festere Gestalt hat dieser Plan erst wenige Tage vor Weihnachten angenommen. Er wäre u.W. von der Reichsregierung nie zur Diskussion gestellt worden, wenn der Reichspräsident nicht bereit wäre weiter im Amt zu bleiben. Voraussetzung ist für ihn allerdings, dass die qualifizierte Mehrheit, mit deren Stimmen seine Amtsverlängerung beschlossen wird eine starke Stütze im Volke findet. Aus diesem Grunde hat die Regierung zur Durchführung ihres Planes auch ihre Fühler nach rechts ausgestreckt.

Unter diesen Umständen war der Empfang Hitlers unvermeidlich, zumal bei ihm die alleinige Entscheidung über alle seine Partei betreffenden politischen Fragen liegt. Eine Unterhaltung mit Vertretern seiner Reichstagsfraktion hätte wenig Sinn gehabt. Natürlich werden die Nationalsozialisten die an Hitler ergangene Aufforderung und das Verhandeln mit ihm wieder als einen grossen Triumph ausschreien. Das ist das Unerfreuliche an der Geschichte, aber sachlich wird die Beurteilung des Geschehnisses von der Stellung abhängen, die man zu der Frage des Termins der Präsidentenwahl einnimmt, und nicht zuletzt von den etwaigen Bedingungen, die von den Hakenkreuzlern gestellt werden oder ihnen von der Regierung gar zugestanden werden sollten.

Ueber den Wahltermin können Meinungsverschiedenheiten bestehen. Sie werden wahrscheinlich auch innerhalb der Sozialdemokratischen Partei vorhanden sein. Vorerst hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion noch keine Möglichkeit gehabt, zu den Wünschen der Regierung Stellung zu nehmen. Der eine mag es für richtiger halten, dass die Wahl im April erfolgt, damit so bald als möglich die Hoffnungen und Befürchtungen, Hitler selbst oder zum mindestens einen Hitlerianer als Nachfolger Hindenburgs zu sehen, zerstört werden, der andere mag mehr an die ungünstigen Rückwirkungen denken, die eine Wahlkampagne in diesem Augenblick auf die Wirtschaftslage und auf die internationalen Verhandlungen ausüben muss. Dabei wird jedenfalls die Haltung der Sozialdemokratischen Partei in keiner Weise beeinflusst werden durch das, was die Nationalsozialisten tun oder unterlassen. Sie dürfte vielmehr ihre Beschlüsse auf Grund von Erwägungen fassen, die sich aus der Sache selbst ergeben.

Allerdings werden sie beeinflusst werden durch die Beantwortung der Frage ob die Regierung den Nationalsozialisten für die Gewährung ihrer Unterstützung einen Preis angeboten hat und zu zahlen gewillt ist. Darüber wissen wir zur Zeit noch nichts, und wir möchten uns deshalb auch nicht mit den Gerüchten befassen, die hier und dort umgehen. Aber das eine kann gesagt werden, dass etwa ige Versuche, auf irgend einem Gebiete so etwas wie eine Einheitsfront mit den Nationalsozialisten zu schaffen, bei uns keine Gegenliebe finden würden. Sollten sie unternommen werden, so würde zweifellos die Neigung zu einer Verschiebung der Präsidentenwahl auch bei denen zerstört werden, die an sich dem Plan nicht unsympathisch gegenüberstehen. Dann ist eben die Entscheidung über die Nachfolge Hindenburgs zu dem ordnungsmässigen Termin herbeizuführen.

SPD. Der "Vorwärts" schreibt in seiner Spätabendausgabe vom Donnerstag zu dem Plan der Reichsregierung auf Verlängerung der Amtsperiode des Reichspräsidenten durch den Reichstag:

"Um diesen Plan auf verfassungsmässigem Wege durchführen zu können - und ein anderer Weg kommt nicht in Frage - bedarf die Regierung einer Zweidrittelmehrheit des Reichstags. Nun besteht der Reichstag aus 577 Mitgliedern, davon 110 Nationalsozialisten und 78 Kommunisten, zusammen 188. 193 Abgeordnete sind aber schon imstande, das Zustandekommen einer Zweidrittelmehrheit zu verhindern. Es genügt also das Hinzutreten weniger Wilder oder kleiner Gruppen zu der grundsätzlichen Opposition, um den Plan der Regierung undurchführbar zu machen.

Die Reichsregierung will begreiflicherweise nicht das Risiko laufen, mit ihrem Plan im Reichstag zu scheitern. Eine Abstimmung, bei der sie die notwendige qualifizierte Mehrheit nicht erhält, wäre nicht nur für sie eine Niederlage, sondern auch für den Reichspräsidenten ein schwer zu tragender Prestigeverlust, der unter allen Umständen vermieden werden soll. Die Reichsregierung kann unter diesen Umständen nichts anderes tun, als bei den Parteien das Terrain sondieren. Sie kann sich dabei darauf berufen, dass bei der Verlängerung der Amtsperiode Eberts im Herbst 1922 in ähnlicher Weise vorgegangen worden ist. Die Verlängerung erfolgte danach in der Reichstagssitzung vom 24.Oktober 1922 mit 314 gegen 76 Stimmen."

Hugenbergs Berliner Nachtausgabe schreibt: "Der Reichskanzler und die Zentrumspartei müssten, wenn sie eine Zusammenarbeit mit der Nationalen Front erreichen wollen, einen völligen Umschwung ihrer bisherigen Politik nicht nur zu erkennen geben, sondern auch in die Praxis umsetzen."

\+ + +

Aus der Umgebung Hugenbergs verlautet, dass die deutschnationale Reichstagsfraktion der Verlängerung der Amtsperiode des Reichspräsidenten durch den Reichstag kaum zustimmen dürfte, obwohl Hindenburg Mitglied der Deutschnationalen Partei sei.

SPD. München, 7.Januar (Eig.Drahtb.)

Der nationalsozialistische Studentenbund an der Münchener Universität wurde durch Senatsbeschluss für das laufende Wintersemester suspendiert. Seine Anschläge am Schwarzen Brett der Universität wurden sofort entfernt.

Die Ursache der Suspendierung liegt in den unflätigen Angriffen auf die Universität und auf einzelne Professoren, die sich der Bund bei den Asta-Wahlen im November in den ohne Genehmigung des Rektors verbreiteten Flugblättern geleistet hatte. Der Verantwortliche für jene Flugschriften wurde inzwischen von allen bayerischen Hochschulen gewiesen. DemBund war gegen Ende des Sommersemesters schon die Auflösung angedroht worden, weil die Untersuchung ergeben hatte dass die tätlichen Angriffe auf Professor Nawiasky und die terroristischen Störungsakte in seinem Kolleg von führenden Mitgliedern des Bundes organisiert und durchgeführt worden waren.

SPD. Hamburg, 7.Januar (Eig.Drahtb.)

Der nationalsozialistische Heizungsmonteur Ludwig Krautsdorfer und der Nazi-Motorschlosser Franz Jordan, die in der Nacht zum 5.Januar in angetrunkenem Zustande auf dem hiesigen israelitischen Friedhof 10 Grabsteine umgeworfen hatten, wurden zu 9 bezw. 6 Monaten Gefängnis ohne Bewährungsfrist verurteilt. Im Verlauf der Verhandlung vor dem Schnellrichter stellte sich heraus, dass Nazi-Krautsdorfer bereits sechsmal wegen Diebstahls, Betrugs und Hehlerei, zuletzt mit 18 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust vorbestraft ist.

Die Angeklagten gaben vor Gericht zu ihrer Entschuldigung an, dass sie stark betrunken gewesen wären und den Weg über den Friedhof nur zur Verkürzung ihres Heimweges benutzt hätten. In der Trunkenheit hätten sie dann einige Steine umgeworfen. Demgegenüber stehen die Angaben des Polizeibeamten, der die Nazis verhaftet hat. Er bezeugte, dass die Angeklagten zwar etwas angetrunken, aber keineswegs so betrunken gewesen seien, dass sie nicht mehr gewusst hätten, was sie taten. Als der Beamte ihnen entgegentrat mit der Frage, was sie auf dem Friedhof zu suchen hätten, erklärten die Angeklagten, sie wollten ein bisschen "kille kille machen".

In der Urteilsbegründung heisst es, dass es verabscheuenswürdig sei, Ehre und Andenken einer grossen Klasse der Menschheit so zu schänden wie es die Angeklagten getan haben. Gegen den schwer vorbestraften Krautsdorfer wurde sofort Haftbefehl erlassen.

SPD. Breslau, 7.Januar (Eig.Drahtb.)

Vor dem Schwurgericht in Breslau begann am Donnerstag vormittag im Wiederaufnahmeverfahren eine Verhandlung, von der allgemein die Wiedergutmachung eines schlimmen Justizirrtums erwartet wird.

Angeklagt ist der 39 Jahre alte, unter dem Spitznamen Mokka-Louis bekannte Bäcker Hermann Pohl aus Breslau. Pohl war beschuldigt, im April 1929 das Strassenmädchen Luise Schulz in einem Hause der Gerbergasse in Breslau ermordet zu haben. Das Schwurgericht verurteilte ihn am 4.Oktober 1929 wegen Totschlags zu 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Dieses Urteil beruhte auf zahlreiche Justizbeweise, die seinerzeit sowohl vom Gericht als auch von der Öffentlichkeit als hinreichend betrachtet wurden. Als ausschlaggebend wertete man insbesondere das Zeugnis einer Frau Lerch, die wenige Augenblicke nach der Tat dem Pohl auf der Treppe des Mordhauses begegnet sein will. Den fortgesetzten Unschuldbeteuerungen des Angeklagten wurde damals kein Glauben geschenkt.

Obwohl auch der zweite Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig die von Pohl angestrebte Revision verwarf, stellten sich allmählich Zweifel an der Richtigkeit des Urteils ein. Die Liga für Menschenrechte nahm sich der Angelegenheit an und verbreitete die Auffassung, dass ein Fehlurteil gefällt worden sei. Das Gericht schloss sich dieser Stellungnahme an und beschloss die Wiederaufnahme des Verfahrens. Eine unerwartete Wendung aber trat im Falle Pohl ein, als der im Sommer 1929 zweimal zum Tode verurteilte Doppelmörder Schiewek überraschenderweise das Geständnis ablegte, auch den Mord an der Schulz begangen zu haben. Daraufhin wurde Pohl am 7.Dezember 1930 aus der Haft entlassen.

Welchen Ausgang das gegenwärtige Verfahren nehmen wird, ist noch nicht übersehbar. Die Belastungsmomente gegen Schiewek sind sehr schwerwiegend, sodass wohl mit einer völligen Rehabilitierung Pohls gerechnet werden kann. Zum mindesten ist ein Freispruch des Angeklagten wegen Mangels an Beweisen wahrscheinlich. - Die Verhandlung dürfte voraussichtlich etwa eine Woche dauern.

SPD. München, 7.Dezember (Eig.Dr

Nazi-Kube hält in dem Münchener Nazi-Organ eine giftgeschwollene Abrechnung mit seinen bisherigen Freunden von der Harzburger Front.

Zunächst behauptet Kube, dass er sich als Führer der Hakenkreuzler im preussischen Landtag jahrelang bemüht habe, ein ritterliches Verhältnis zu der deutschnationalen Fraktion zu bewahren. Er habe den Deutschnationalen sogar wiederholt angeboten, durch gemeinsame Anträge und parlamentarische Aktionen den Kampf gegen die schwarz-rote Herrschaft zu führen. Seine Bemühungen seien aber daran gescheitert, dass die Deutschnationalen Preussen als ihre eigentliche Domäne betrachten und auch noch nach Harzburg ihre Misstrauensanträge ohne jede Fühlungnahme mit den Nazis eingebracht hätten. Damit sei erwiesen, dass das ostelbische Junkertum Hugenbergscher Prägung unbelehrbar sei und nicht wisse, dass der Erbe preussischer Staats- und Machttradition Adolf Hitler und nicht Herr von Oldenburg sei. In Wirklichkeit wollten die Herren Ostelbiens nur wieder ihr Dreiklassenwahlrecht erringen. Dem Fass den Boden abgeschlagen habe aber das Verhalten der Deutschnationalen in der Brandenburgischen Handwerkskammer am 19.Dezember vorigen Jahres, wo sie eine Einheitsfront mit der Deutschen Volkspartei, den Volkskonservativen und den Christlich-Nationalen gegen die Nationalsozialisten bildeten, um den hochbesoldeten Kammerpräsidentenposten für ihre Partei zu retten.

Diese Klärung - so schliesst Kube - sei zu begrüssen, damit 1932 endlich auch der überheblichen Gesellschaft der vereinigten Reaktion das Handwerk gelegt werde.

SPD. In den nächsten Tagen wird im Politisch-Historischen Verlag in Berlin eine Publikation über den preussischen Ministerpräsidenten Dr.h.c.Otto Braun erscheinen. Die Schrift will die politische und staatsmännische Bedeutung Otto Brauns in sachverständiger und objektiver Weise erläutern; sie stellt zugleich die erste Buchpublikation über eine der meistgenannten politischen Persönlichkeiten des neuen Staates dar. Als Autor zeichnet Hans Steffen, ein Pseudonym, hinter dem sich ein besonders sachverständiger Bearbeiter dieser Materie verbirgt. Die Broschüre wird 1,35 RM kosten.

SPD. Braunschweig, 7.Jan. (Eig.Drahtb.)

Der Intendant des Braunschweiger Landestheaters Dr. Himmighoffen hatte kürzlich in einem Bierlokal eine schwarzweissrote Stammtischfahne auf die Heizung gestellt, um besser sehen zu können. Diese "Missetat" wurde den Nazis berichtet. Sie strengten einen grossen Feldzug gegen den Intendanten an. Die Folge ist, dass Nazi-Klagges sich jetzt weigert, dem Intendanten einen neuen mehrjährigen Vertrag zu geben. Himmighoffen, der sich nicht von Jahr zu Jahr verpflichten lassen will, hat daraufhin sein Amt zum Ende der Spielzeit gekündigt. Klagges, der als Dorfschulmeister keine Ahnung von Theaterdingen hat, will den Intendanten, dessen Verdienste um das Braunschweiger Landestheater von allen Parteien anerkannt werden, gehen lassen.

SPD. Stuttgart, 7.Januar (Eig.Drahtb.)

Es dient zur Beurteilung der Einstellung, von der aus das Stuttgarter Polizeipräsidium die Notverordnung zur Bekämpfung von Auswüchsen des politischen Kampfes gegen die Presse anzuwenden gewillt ist, dass es der "Schwäbischen Tagwacht", wie von dieser am Donnerstag mitgeteilt wird, schon einmal, und zwar am 2.November 1931, eine "Verwarnung" zugehen liess, nicht weiterhin "Organe, Einrichtungen, Behörden oder leitende Beamte des Staates" zu be-

schimpfen oder böswillig verächtlich zu machen.

Die Redaktion der "Schwäbischen Tagwacht" hat das Polizeipräsidium damals um Angabe des unmittelbaren Anlasses für diese Verwarnung ersucht. Daraufhin stellte sich heraus, dass dem Polizeipräsidium die Kritik nicht gefallen hatte die von der "Schwäbischen Tagwacht" an der Prozessführung des Münchener Landgerichtes gegen die an der Murnauer Saalschlacht beteiligten Nationalsozialisten geübt worden war. Alle Welt ausser den beteiligten Hakenkreuzlern und ihren juristischen Gönnern war sich damals darüber einig, dass die Verhandlung in diesem Prozess mit einer im Hinblick auf den lückenlos nachgewiesenen planmässigen Ueberfall der Nazis auf die sozialdemokratische Versammlung geradezu unverständlichen Milde gegen diese Störer der öffentlichen Ordnung geführt worden und das Urteil ein Fehlurteil im schlimmsten Sinne des Wortes war. Dieser Auffassung hatte die "Schwäbische Tagwacht" Ausdruck gegeben und zwar mit einer durchaus berechtigten Schärfe. Diese Kritik an einer mangelhaften Anwendung der Notverordnung gegen die Auswüchse des politischen Kampfes durch das Münchener Gericht nahm das Polizeipräsidium zum Anlass, der "Schwäbischen Tagwacht" mit der Anwendung dieser Verordnung gegen sie selbst zu drohen! Kann man den Sinn der Notverordnung schlimmer in das Gegenteil verkehren als es durch diese Praxis des Polizeipräsidiums geschah?

Im Anschluss an die Anfang November vom Stuttgarter Polizeipräsidium gegen die Schwäbische Tagwacht ausgesprochene Verwarnung hat sich die Arbeitsgemeinschaft der württembergischen Presse mit diesem Vorgang befasst. Sie hat damals eine Entschliessung angenommen, in der es heisst: "Sie protestiert dagegen, dass auf Grund der Notverordnungen Eingriffe in die Freiheit der Presse vorgenommen werden, die <u>über den Zweck der Verordnung</u>, politische Ausschreitungen zu bekämpfen, weit <u>hinausgehen</u>. Die Notverordnungen dürfen nicht dazu führen, den Begriff eines strafbaren Tatbestandes bei Publikation soweit auszudehnen, dass das Recht der Meinungsfreiheit auf das empfindlichste eingeschränkt wird."

In der Arbeitsgemeinschaft der württembergischen Presse sind Verleger und Redakteure aller Parteirichtungen vertreten.

SPD. Frankfurt/M., 7.Jan. (Eig.Drahtb.)

Im Frankfurter <u>Favag-Prozess</u> wurde am Donnerstag Richard <u>Kahn</u>-Berlin, der Leiter des Kahn-Konzerns, als Zeuge zu einigen Kreditgeschäften der Favag-Direktoren Becker und Kirschbaum vernommen.

Der Kahnkonzern war im Jahre 1926 vorübergehend mit 11 Millionen verschuldet. Um den Konzern wieder flottzumachen, hat Direktor Sobernheim von der Commerz- und Privatbank für Kahn das Risiko bei dem Geschäft der sogenannten "Aga-Verwertung"- Aga war die Autofabrik des Stinneskonzerns - übernommen, da die Commerzbank selbst das Risiko nicht eingehen wollte. Die Favag übernahm bei diesem Geschäft eine Bürgschaft, während zwei ihrer Direktoren, die Angeklagten Becker und Kirschbaum, persönlich am Geschäft beteiligt waren. Der Zeuge Kahn gab an, dass die Beteiligung der Favag-Direktoren nicht von der Hergabe der Favag-Bürgschaft abhängig gewesen sei. Ähnlich lagen die Dinge bei einer Transaktion mit der Rheinmetall-Düsseldorf. Auch hier waren die Vorstandsmitglieder der Favag privatim beteiligt, während ihre Gesellschaft hohe Garantien leistete.

In der Nachmittagssitzung wurde der bereits vor einigen Wochen vernommene Direktor <u>Sobernheim</u> der Commerz- und Privatbank Berlin als Zeuge aufgerufen. Auf Wunsch des Staatsanwaltes wird Sobernheim zunächst <u>unvereidigt</u> vernommen, da auch er als Aufsichtsratsmitglied der Favag den Kredit dieser Gesellschaft für seine Privatgeschäfte in Anspruch genommen hat. Am Schluss der Verhandlung wurde jedoch der Vereidigung des Zeugen Sobernheim von keiner Seite widersprochen. Sobernheim verneinte, dass bei ihm oder bei den Favag-Direktoren

Becker und Kirschbaum Interessenkollision vorgelegen habe. Immerhin erklärt er, dass man "leider Gottes vorher nicht an die Möglichkeit einer Interessenkollision gedacht" habe. Er selbst habe übrigens an diesen Geschäften niemals einen Pfennig verdient, sondern er habe sich nur Richard Kahn zuliebe daran beteiligt.

Zum Schluss der Vernehmung fragt der Verteidiger Kirschbaum, Justizrat Klee-Berlin, ob Direktor Sobernheim den Angeklagten Kirschbaum für gewissenhaft oder gewissenlos halte. Der Zeuge Sobernheim bezeichnet Kirschbaum als gewissenhaft, er habe mit ihm gute Erfahrungen gemacht. In der Freitagverhandlung wird die Vernehmung des Zeugen Kahn fortgesetzt.

SPD. Hitler aus Braunau lässt die Mitwelt über seinen Empfang bei Brüning "parteiamtlich" wissen, dass über die "Frage der Reichspräsidentenwahl" gesprochen wurde und er sich "seine Stellungnahme vorbehalten hat, um vorher den Parteien der nationalen Opposition seine Auffassung mitzuteilen".

Hitler setzte sich noch am Donnerstag abend mit Hugenberg, dem Stahlhelmführer Seldte und den übrigen Spitzen der reaktionären Harzburger Front in Verbindung.

SPD. London, 7.Januar (Eig.Drahtb.)

Lloyd George, der am Donnerstag von einer Erholungsfahrt nach Ceylon nach London zurückgekehrt ist, äusserte sich gegenüber einem Vertreter des "Daily Herald" über die Fragen der Reparationen und interalliierten Kriegsschulden:

"Macht reinen Tisch mit Kriegsschulden und Reparationen", so sagte der liberale Führer, der jetzt zwar nur an der Spitze eines vier Köpfe starken Grüppchens des Parlaments steht, der aber trotzdem in England ein politischer Faktor erster Ordnung ist. "Kriegsschulden und Reparationen müssen, da sie miteinander verknüpft sind, zusammen verschwinden." Aber über die Erreichung dieses Ziels ist Lloyd George nicht übermässig optimistisch. Er befürchtet, dass die Ereignisse des Jahres 1932 eine Erledigung dieser Fragen verhindern werden. Er denkt besonders an die bevorstehenden Wahlen in Amerika und in Frankreich: "Wenn die Demokraten in Amerika die Politik der Schuldenstreichung proklamieren, so werden die Republikaner sie bekämpfen, und wenn die Republikaner diese Politik aufnehmen, so wählen die Demokraten den entgegengesetzten populären Kurs. Wenn beide die Schuldenstreichung befürworten, dann tritt Herr Hearst, der Zeitungskönig, auf den Plan, um sie zu bekämpfen. Ähnlich liegen die Dinge in Frankreich."

SPD. Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Wels und Breitscheid wurden am Donnerstag-Abend von Reichskanzler Dr. Brüning empfangen. Der Empfang war seit mehreren Tagen vorgesehen.

SPD. Paris, 7.Januar (Eig.Drahtb)

In dem am Donnerstag abgehaltenen Ministerrat wurde beschlossen, dem verstorbenen Kriegsminister Maginot ein Staatsbegräbnis zu bereiten. Die Feier wird wahrscheinlich am Sonntag stattfinden. Am Montag soll dann die Beerdigung in Revigny im Maas-Departement erfolgen. Im Anschluss an den Ministerrat begab sich der Präsident der Republik zum Kriegsministerium, wo die Leiche

Maginots aufgebahrt ist. Dann sprach er den Familienangehörigen sein Beileid aus.

Die militärischen Gebäude in Frankreich haben auf halbmast geflaggt.

SPD. Bombay, 7.Januar (Eig.Drahtb.)

Es verlautet, dass der indische Vizekönig die gemässigten Führer der indischen Nationalpartei zu einer Konferenz nach Delhi gebeten hat. Im Verlauf der Besprechungen soll auch die Frage der Haftentlassung von Gandhi und der anderen verhafteten Führer der Kongresspartei angeschnitten werden.

SPD. Paris, 7.Januar (Eig.Drahtb.)

Ueber die Nachfolge Maginots und die Umbildung des Kabinetts Laval ist am Donnerstag noch kein Beschluss gefasst worden, obwohl anzunehmen ist, dass die Frage in der Nachmittags stattgefundenen Kabinettsitzung eingehend erörtert worden ist.

Jedenfalls ist durch den Tod Maginots die Umbildung, wenn nicht die Gesamtdemission des Kabinetts sicher. Dass auch Aussenminister Briand ersetzt werden wird, scheint gleichfalls nicht mehr zweifelhaft zu sein. In den Wandelgängen der Kammer wurde am Donnerstag-Nachmittag versichert, dass Briand selbst vor kurzem dem Ministerpräsidenten seine baldige Demission angekündigt habe. Seine Gesundheit soll derart angegriffen sein, dass er nicht mehr in der Lage sei, an langen Konferenzen oder Parlamentsdebatten teilzunehmen. Als sein Nachfolger wird Paul Boncour genannt, wenn nicht Laval selbst neben der Ministerpräsidentschaft das Aussenministerium übernehmen sollte. Für den Posten des Kriegsministers werden der Vorstand der Heereskommission, Abg. Fabry, und der gegenwärtige Ackerbauminister Tardieu genannt. Alle diese Kandidaturen deuten daraufhin, dass die dem Ministerpräsidenten vom "Oeuvre" zugeschriebene Absicht, dass er sein Kabinett nach links erweitern, d.h. die Radikalen zum Eintritt in die Regierung auffordern werde, nicht zutreffend ist, zumal behauptet wird, dass zwei mit der Linken sympathisierende Minister, vermutlich der Arbeitsminister und der Minister für die Handelsmarine, die nur eine Belastung für das Kabinett darstellten, geopfert werden sollen.

SPD. Darmstadt, 7.Januar (Eig.Drahtb.)

Der auf Verlangen der Nazis und Kommunisten eingesetzte Untersuchungsausschuss gegen den hessischen Innenminister Leuschner hatte beschlossen, von der Regierung die Vorlegung sämtlicher Akten über das Boxheimer Dokument, über Rotfront und über die Verwaltung der Polizeiwachen (!), ferner die Vernehmung von Beamten über angebliche Amtspflichtverletzungen Leuschners zu verlangen.

In der am Donnerstag-Nachmittag unter dem Vorsitz des Naziabgeordneten Jung aus Worms und unter dem Beisitz des Boxheimer Dr. Best einberufenen öffentlichen Sitzung des Untersuchungsausschusses war die Regierung wieder nicht vertreten. Sie liess mitteilen, dass im Interesse der Staatssicherheit von einer Herausgabe der erwähnten Akten nicht die Rede sein könne und dass sie auch die als Zeugen zu vernehmenden Beamten nicht von ihrer Schweigepflicht entbinde. Zu den Untersuchungsanträgen der Nazis gegen Leuschner liess die Regierung eine längere Erklärung abgeben, aus der u.a. hervorgeht:

Dem aus der NSDAP ausgetretenen Abgeordneten Schäfer-Offenbach sei vom dortigen Polizeiamt auf Wunsch eines der üblichen Leumundszeugnisse ausgestellt worden, wonach er, soweit bekannt, während seines Offenbacher Aufent-

haltes nicht gerichtlich bestraft worden sei. Wenn sich später herausgestellt habe, dass Schäfer in Weimar bestraft worden sei, so sei der Offenbacher Polizei davon nichts mitgeteilt worden. Vielmehr sei diese Mitteilung von Weimar nach Frankfurt gegangen, wo Schäfer ebenfalls polizeilich gemeldet gewesen sei. Seinen Doktortitel habe Schäfer der Polizei durch ein lateinisch abgefasstes Diplom belegt. Minister Leuschner habe von der Ausstellung des Leumundszeugnisses keinerlei Kenntnis. Ebenso sei Schäfer bereits seit Frühjahr 1931 nationalsozialistischer Kreisleiter in Offenbach gewesen, während das Zeugnis erst am 26.Oktober 1931 ausgestellt worden sei. Der Vorwurf, das Boxheimer Dokument zu einer Hochverratsaffäre "aufgebauscht" zu haben, treffe die hessische Regierung umsoweniger, als nicht sie das Dokument veröffentlicht oder dessen Veröffentlichung veranlasst habe, sondern Organe eines anderen Landes, und die hessische Regierung auch keinen Einfluss auf die Einleitung einer Voruntersuchung gegen Dr. Best durch den Oberreichsanwalt gehabt habe. Es sei ferner unrichtung, dass früher beim Polizeiamt Darmstadt verwahrte Waffen an Reichsbannerorganisationen abgegeben worden seien. Diese Waffen befinden sich nach wie vor ausschliesslich im Besitz der Polizei.

Im Verlauf der Sitzung erklärte der nationalsozialistische Vorsitzende das Verlangen anderer Ausschussmitglieder, diese Regierungserklärung wenigstens zu verlesen, als eine "Zumutung", kam aber schliesslich dem Verlangen nach, wobei er sich dumme Bemerkungen erlaubte. Best erklärte, die Regierung sabotiere den Ausschuss, man könne auch sagen, sie kneife. Gegen den Widerspruch der KPD wurde die Sitzung schliesslich auf unbestimmte Zeit vertagt.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Glossen

E R S C H E I N T N A C H B E D A R F

An ihren Früchten sollt....

SPD. Die Stadt Naumburg an der Saale hat einen traurigen Ruf als Sitz streng "nationaler" Familie, streng "nationaler" Richter und streng "nationale Beamten. In Naumburg sind putschistische Verschwörungen ausgeheckt worden. In Naumburg und Umgebung haben die Rathenau-Mörder Zuflucht gesucht.

Es gibt in Naumburg zwei höhere Schulen, ein Realgymnasium und ein Dom-Gymnasium, und die Schüler sind selbstverständlich ebenfalls streng "national" Hitlers SA, der Jungstahlhelm, Jungdo und Werwolf rekrutieren sich aus den Schülern der beiden Schulen.

Zwei Oberprimaner haben kürzlich regelrechte Raubüberfälle unternommen und sind nach einem Strassenraub verhaftet worden. Die Namen dieser Schüler wurden schamhaft verschwiegen. Man erfuhr nur, dass sie Söhne achtbarer Eltern seien. Es handelt sich um den Sohn eines Bergwerksdirektors Lehmann aus Rastenberg und den Sohn des Korvettenkapitäns a.D. Götting aus Blankenburg. Söhne eines Bergwerksdirektors und eines Korvettenkapitäns, beide aus streng "nationalen" Familien stammend, als Strassenräuber!

Zu dem Namen Götting kommt uns eine Erinnerung. Im Jahre 1928 enthüllte der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Ernst Heilmann dunkle Treibereien der Leute um Ehrhardt, die ihre Fäden in die Reichswehr und in die Reichsmarin zu spinnen suchten, um illegale Kräfte gegen die Republik zu schaffen. Unter den Dokumenten befand sich ein Brief an den Vertrauensmann von Ehrhardt, Plas, in dem es hiess:

"Dank meiner Beziehungen zur Marine war es mir gelungen, zunächst in eigener Person ehrenamtlich das Bindeglied zwischen Station Ostsee und den Verbänden schlechthin zu werden und so in vielen Fragen, die in den Jahren 20 - 23 auf der Hand lagen, Einfluss bei dem Stab im Sinne der Verbände allgemein und des Chefs bezw. seiner Organisation im besonderen zu bekommen. Das hat sich dahin ausgewirkt, dass in der Folgezeit sozusagen mein Nachfolger selbstverständlich aus dem Wiking bezw. dessen Vorläufern genommen und allmählich in eine besoldete Stellung geschoben wurde."

Der Verfasser dieses Briefes war der Korvettenkapitän a.D. Götting. Die Frucht der sogenannten nationalen Erziehung ist in diesem Naumburger Fall offenbar geworden. Die Stellung gegen das Recht, das illegale Wühlen gegen den Staat und die Verfassung als Beispiel für die Jugend führt nicht zu einem höheren Ethos, sondern zum Verbrechertum.

Der Revolverwahn.

In einer Ortschaft bei Hanau hat ein 17 jähriger Bursche seinem Onkel aufgelauert, und ihn durch mehrere Revolverschüsse schwer verletzt, um ihn zu berauben.

Der Fall verdient eine nähere Betrachtung, denn der Junge hatte nicht weniger als vier geladene Revolver zu diesem Ueberfall eingesteckt. Mit diesen vier Revolvern hielt der Junge, der noch nicht trocken hinter den Ohren ist, sozusagen das Leben von 25 Menschen in der Hand!

Diese Bewaffnung war nicht Mittel zum Zweck des Raubüberfalles, sondern der Raubüberfall war die ursächliche Folge des Revolverwahns, der Gier nach der Waffe, die Sucht nach dem Besitz von Schusswaffen.

Dieser Revolverwahn aber ist nicht ein vereinzelter Fall! Er ist eine Manie, der grosse Teile der heutigen Jugend ergriffen hat. Er ist Ausfluss der

Vergiftung der Gehirne der Jugend durch die putschistischen Verbände, die junge Burschen auf den Mann dressieren und die der Jugend die Hemmungen gegenüber dem Waffenbesitz und dem Waffengebrauch nehmen. Diese putschistischen Verbände sind nicht nur eine Gefahr für die staatliche Ordnung, sie sind vor alle Dingen eine ungeheure Gefahr für die seelische und moralische Entwicklung der Jugend.

Es ist leicht, den Jungen mit den vier Revolvern als eine verdorbene Verbrechernatur beiseite zu schieben, richtiger ist es, den Ursachen seiner Verderbnis nachzugehen und sie zu bekämpfen!

Die Brunnenvergifter.

Drei Inhaber des Grosskreuzes der französischen Ehrenlegion sind vom französischen Generalstaatsanwalt in Anklagezustand versetzt worden, weil sie sich bei der Leitung von Finanzgesellschaften ehrenrühriger Handlungen schuldig gemacht haben.

Die Presse des Hugenberg-Konzerns benutzt diesen Anlass zu einer schamlos Hetze gegen das französische Volk. Sie beschuldigt das gesamte französische Volk des grandiosen Betrugs und versichert, es sei daher eben nicht verwunderlich, wenn auch Grossritter der Ehrenlegion nicht mehr ganz genau wissen, was Ehre und Ehrlichkeit für ein Artikel sind.

Dieser Versuch internationaler Brunnenvergiftung ist ebenso infam, wie wenn ein französisches Nationalistenblatt das deutsche Volk als ein Volk von schamlosen Betrügern bezeichnen wollte, gestützt auf die Fälle Raiffeisen, Favag, Lahusen-Nordwolle, Danatbank, Schultheiss-Patzenhofer usw.!

Die sogenannte nationale Presse hat am allerwenigsten Anlass, sich über Betrügereien der sogenannten Spitzen der Gesellschaft in Frankreich aufzuhalten. Sie sollte sich erinnern an die Skandalaffären zur wilhelminischen Zeit und sollte sich weiser Zurückhaltung befleissigen!

Zauber.

Ein Berliner Berufszauberer, der jetzt 62 Jahre alt ist, lässt aus Reklamegründen mitteilen, dass er vor dem Kriege zwölf Jahre hindurch die Zauberprogramme für die alljährlichen grossen Nordlandsreisen des Kaisers zusammengestellt habe. Dank der Weiterempfehlung durch Wilhelm sei er der Lieblingszauberer des Königs von Sachsen geworden und habe in den Familien der Hocharistokratie, Finanz und Industrie, bei Krupp und Thyssen Eingang gefunden.

Die leitenden Kreise des wilhelminischen Systems haben sich also mit Vorliebe etwas vorzaubern lassen. Leider haben sie sich nicht darauf beschränkt, sie haben vielmehr auch anderen etwas vorgezaubert und das deutsche Volk hat die Politik des faulen Zaubers dann bezahlen müssen!

Aber das Geld nimmt er!

Ein SA-Häuptling in Löbau in Sachsen, der bekannt dadurch ist, dass er das Maul weit aufreisst gegen die Republik, zog in einem öffentlichen Lokal seine Erwerbslosenkontrollkarte aus der Tasche. Unter grossmäuligen Beschimpfungen des Arbeitsamts, der Arbeitslosenversicherungen, der Angestellten des Arbeitsamts tauchte er sie ins Bier und wischte damit den Tisch ab.

Also wollte der wackere SA-Mann auf die Arbeitslosenunterstützung pfeifen, er wollte nicht mehr zum Arbeitsamt gehen und dort Unterstützung abholen? Mit nichten. Er erklärte zu seiner Sauerei: "So ist es in Deutschland, ich bekomme trotzdem am Freitag mein Stempelgeld."

Das Geld nimmt er natürlich! Damit das Bild vollständig wird, entschuldigte er sich, als er zur Verantwortung gezogen wurde, de- und wehmütig mit vollständiger Betrunkenheit.

Aus aller Welt

Sklavenhandel 1932.

Der Völkerbund stellt fest, ein Reporter berichtet - wer hilft?

SPD. Allgemein ist die Ansicht verbreitet,dass es Sklaverei und Sklavenhandel in moderner Zeit nicht mehr gibt. In Wirklichkeit ist Sklavenhandel ein in Afrika noch sehr verbreitetes Uebel. Besonders in der sogenannten freien Negerrepublik Liberia und in dem "christlichen" Abessinien ist der Handel mit Menschen als Ware ein umfangreiches Geschäft.

400 ooo in Liberia!

Eine vom Völkerbund eingesetzte Kommission stellte fest,dass in der vor über 100 Jahren gegründeten Negerrepublik Liberia gegenwärtig noch über 400 ooo Menschen Sklaven sind. Das schlimmste ist,dass der Vizepräsident der Republik selbst gemeinsam mit Distriktskommissaren und mit Hilfe des Militärs in jedem Jahre tausende von Negersklaven in französische und spanische Kolonien verkauft. Man sichert sich die Menschenware durch angebliche "Verpfändung" aber diese "Pfänder" können niemals eingelöst werden. Daneben besteht noch ein System von "Zwangsarbeit", das sich von effektiver Sklaverei nur durch den Namen unterscheidet.

Ebenso verbreitet wie in Liberia ist der Sklavenhandel in Abessinien.Das Geschäft wird hier fast ausschliesslich von Arabern betrieben, da die Abessinier selbst zu bequem sind. Die Machthaber des Landes begnügen sich damit,das Menschenmaterial zu liefern und die verbotenen Transporte stillschweigend zu dulden. Der arabische Sklavenhändler Said führte darüber gegenüber dem französischen Reporter M.Kessel aus:

Die Depots von Abessinien.

"Um eine Ware zu bekommen, habe ich zwei Methoden. Wenn ein Dorf zu arm ist zum Steuernzahlen oder das Dorfoberhaupt hat die Steuern unterschlagen,so kommt man zu mir oder zu einem anderen Händler. Ich gebe das Geld für die Steuern und bekomme eine entsprechende Zahl Sklaven dafür. Der andere Weg ist,sich Sklaven einzujagen. Wenn ich genügend beisammen habe,bringe ich sie in ein Depot."

Diese Depots befinden sich zumeist in abessinischen Gebirgsdörfern,die, an hohe Felsen geklebt, mit gestaffelten, steinernen Häusern,wie befestigte Plätze aussehen. Kessel schreibt darüber: "Said führte uns durch enge,glühende Gassen, die an jeder Seite von Wohnhäusern flankiert sind, in die nur durch die Tür Licht kommt. Durch die dunklen Wohnungen kamen wir auf Höfe, auf denen Wächter mit Flinten patrouillierten. Jeder Hof hat einmmit Brettern überdeckten Keller. In den Kellern werden die Sklaven gehalten. Man braucht sie nicht anzuketten,sie können aus dem Versteck nicht herauskommen. An verschiedenen Höfen hob Said eines der Bretter hoch,sodass wir in den Keller hineinsehen konnten. In einem schliefen vier Frauen, in einem anderen drei, in einem dritten vier Männer. Sie müssen halbtot vor Müdigkeit gewesen sein. Said sagte, die Karawane würde in kommender Nacht aufbrechen. Aber er brauche noch mehr Sklaven."

Vor einiger Zeit hat sich die "Anti-Slavery-Society", die ihre Mitglieder auf der ganzen Welt hat, mit einem ermahnenden Schreiben direkt an den Kaiser von Abessinien gewandt. Das jetzt eingegangene Antwortschreiben besta-

tigt, dass der abessinischen Regierung die furchtbaren Zustände wohlbekannt sind dass man aber einstweilen nicht entschlossen ist, ernsthafte Schritte dagegen zu unternehmen. In diesem Schreiben heisst es:

Und "der sieghafte Löwe aus dem Stamme Juda - -".

"Der sieghafte Löwe aus dem Stamme Juda, der von Gott einzig erwählte König der Könige, (Titel des abessinischen Monarchen) an den Präsidenten der Society, Friede sei mit ihm: .... Wir hegen keinen Zweifel, dass Sie den Ernst Unserer Bemühungen anerkennen, um eine Basis für die Emanzipation der Sklaven zu schaffen. Es wird leicht vergessen, dass Sklaverei einmal eine universelle Einrichtung war, und so wird leicht missachtet, was Wir bereits geleistet haben. Die Geschichte beweist, dass die Zeit ein bedeutsamer Faktor für die Befreiung der Sklaven ist. Wenn nun Sklaverei in Aethiopien heute noch existiert so darf man sie nicht auf eine Linie bringen, mit der Form der Sklaverei, wie sie in alten Zeiten in Amerika und Europa üblich war. Der Unterschied ist vor allem, dass die Sklaven in Aethiopien nicht jeder Hoffnung beraubt sind, wie es früher ihre Brüder im Westen waren. Wir haben in Ihrem Brief gelesen, dass seine Hoheit, der Maharajah von Neapel, seinen Sklaven die Freiheit gegeben habe. Das muss zweifellos nicht nur viel Geld gekostet, sondern auch sonstige Schwierigkeiten verursacht haben. Wollen Sie beachten, dass auch Wir finanzielle Reformen plane, um die wirtschaftliche Lage zu verbessern. Auf diese Weise wollen wir die Basis vorbereiten, die später zur Befreiung der Sklaven führen soll. Unsere Arbeiten zur Befreiung der Sklaven sind nicht nur leere Reden. Wir haben sogar eine Schule für freigelassene Sklaven eingerichtet. Ihre Anteilnahme an dem christlichen Volk der Aethiopier soll nicht vergessen werden.... usw.usw."

Pilger in den Untergang.

Von abessinischen Hafenplätzen werden die Sklaven meistens auf kleinen Trampdampfern nach Arabien, dem Haupthandelsland für Menschenware, verladen. Man deklatiert sie als Mekkapilger, darum finden die Transporte zumeist in der Zeit der islamitischen Wallfahrten statt. Die Sklaven werden mit Pilgerausweisen verschifft, aber sie kehren niemals wieder. Es kommt auch vor, dass wirkliche Pilger, die ihre Kinder mit zu den heiligen Stätten genommen haben, nach den dortigen heiligen Gastrechts-Methoden derart ausgeplündert werden, dass sie ihre eigenen Kinder als Sklaven verkaufen, um Geld für die Rückreise zu haben.

Im arabischen Hedjaz-Gebiet ist das Sklavengeschäft ein regulärer Handel. mit Angebot und Nachfrage, steigenden und fallenden Preisen, mit den Begriffen: Rohware, Exporteure, Importeure, Makler, Konsumenten, Platzhandel, Versandgeschäft - kurz: ein Kapitalismus des Menschenhandels in der denkbar widerlichsten Form.

St.

+ + +

Matuschka-Vernehmung in Potsdam? Der Untersuchungsrichter beim Landgericht Potsdam wird in den nächsten Tagen über das Auswärtige Smt die österreichischen Behörden ersuchen lassen, Matuschka für kurze Zeit von Wien nach Potsdam zu überführen. Wahrscheinlich wird Matuschka für das Jüterbóger Attentat, über das in Potsdam die Voruntersuchung durchgeführt wurde, in Ungarn mit abgeurteilt werden. Die formelle Vernehmung in Potsdam ist notwendig, damit die Voruntersuchung wegen dieses Attentats abgeschlossen und das Aktenmaterial hierüber nach Ungarn übermittelt werden kann.

+ + +

Opfer der Alpen. Am Gletscher Tobel im Gebiet der Mittagsspitze (Schweiz ist ein 23-jähriger Student aus Freiburg/Breisgau bei einer Klettertour etwa 400 Meter tief abgestürzt und tödlich verunglückt. Der Leichnam wurde geborgen.

+ + +

Die Dessauer Hochflut. Für Dessau kann die Gefahr einer Hochwasserkatastrophe vorerst als gebannt gelten. Menschen und Material wurden an den gefährdeten Stellen so zeitig eingesetzt, dass es möglich war, die stark beanspruchten Dämme zu halten und alle Schäden sofort auszubessern. Nur ein ganz kleiner Teil der Dessauer Wohnviertel wurde überschwemmt. Allerdings ist jetzt noch das Anströmen der Elbflut zu erwarten; man hofft aber auch mit dieser Gefahr fertig zu werden.

Die Gegend des unteren Muldetals von der anhaltischen Grenze bis zur Mündung der Mulde in die Elbe bildet in einer Länge von 25 Kilometern und einer Breite bis zu 8 Kilometern einen einzigen grossen See. Dörfer und Wälder ragen inselgleich aus der Flut. Vor allem ist die Stadt Jessnitz mit ihren 7 000 Einwohnern völlig von der Umwelt abgeschlossen. Die Wohnungen selbs sind auch in der Umgegend von Dessau vom Hochwasser verschont geblieben. Auch besteht keine unmittelbare Gefahr, dass Häuser einstürzen. Der Flur= und Waldschaden ist jedoch ausserordentlich gross und in seinen Ausmassen vorläufig noch nicht abschätzbar.-

Auch im Spreewald sind durch das Hochwasser der Spree weite Strecken unter Wasser gesetzt worden. Tag und Nacht ist die Feuerwehr bemüht, die Gefahr zu mindern. Mit einem weiteren Ansteigen der Flut muss indessen gerechnet werden.

Bei den Stürmen, die am Donnerstag morgen über Deutschland rasten, wurden insbesondere die Küstengebiete heimgesucht. In Hamburg erreichte der Sturm 23 Sekundenmeter (Windstärke 10 bis 11); viele Schiffe haben ihre Ausreise verschoben; in der Hafengegend wurden zahlreiche Keller vom Wasser überschwemmt. In Norderney wurden von der Sturmflut die Strandanlagen überschwemmt und zum Teil zerstört. Weite Landstrecken, besonders auch im schleswig=holsteinischen Küstengebiet, wurden überspült. An verschiedenen Stellen sind die Dämme gebrochen. Das Dorf Nübbel an der Eiderniederung ist von den Fluten vollkommen eingeschlossen. Da die Lichtleitung gestört ist, gestalten sich die Bergungsarbeiten sehr schwierig.

\+ + +

Sklarek=Schecks für 180 Millionen... Am Donnerstag wurde im Berliner Sklarekprozess der ziemlich komplizierte Scheckverkehr der Firma Sklarek mit der Stadtbank erörtert. Wie schon früher festgestellt worden ist, wurde die Stadtbank durch fingierte Geschäfte über die Kreditwürdigkeit der Sklareks getäuscht. Leo Sklarek erklärte dazu, dass er niemals irgendwelche Schecks oder Wechsel unterschrieben habe. Willi Sklarek sagte, dass er nur vertretungsweise gezeichnet hätte. Im allgemeinen wurden alle diese "Transaktionen" von Max Sklarek durchgeführt. Schliesslich machte der im wesentlichen auf Luftgeschäfte gegründete Scheckverkehr, wie der Vorsitzende aus der Akten feststellte, insgesamt 180 Millionen aus...

\+ + +

Räuberjagd per Flugzeug. Der amerikanische Räuberhauptmann Young und drei seiner Komplizen wurden in ihrem Schlupfwinkel in Springfield (Missuri) von der Polizei überrascht. Es entwickelte sich ein Feuergefecht. 6 Polizisten wurden getötet, 5 verwundet; die Täter flüchteten. Nunmehr sind Flugzeuge, Miliz, Polizeiabteilungen mit Maschinengewehren und zahlreiche Freiwillige unterwegs, um die Flüchtigen, die zahlreiche Morde, Erpressungen, Entführungen und Schmuggelaffären auf dem Gewissen haben, zu ergreifen.

\+ + +

Julius Rosenwald †. In Chikago verstarb der weltbekannte amerikanische Philantrop Julius Rosenwald, der zahlreiche wohltätige Organisationen durch grosse Spenden unterstützt hatte. Im vergangenen Jahr stellte Rosenwald der Stadt Berlin eine Million Dollar zum Bau einer Kinder=Zahnklinik zur Verfügung. Der Verstorbene besass das grösste Postversandhaus Amerikas.

Gewerkschaftliche Rundschau

Schafft Arbeit!

5 666 000 Arbeitslose.

SPD. Am Ende des Jahres 1931 bot der Arbeitsmarkt das Bild einer anhaltenden tiefen Depression. Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 31. Dezember rund 5 666 000, d.h. um etwa 316 000 mehr als Mitte des Monats. Im Vorjahr wurde am Jahresschluss - nach einer Zunahme im gleichen Zeitraum um rund 407 000 - eine Arbeitslosenzahl von rund 4 384 000 erreicht.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger betrug nach dem Bericht der Reichsanstalt am 31. Dezember in der Arbeitslosenversicherung rund 1 642 000, in der Krisenfürsorge rund 1 506 000. Von der Gesamtzunahme um rund 214 000 entfielen rund 154 000 auf die Arbeitslosenversicherung, rund 60 000 auf die Krisenfürsorge.

Neben den Saisonaussenberufen, in denen die Arbeitslosenzahlen infolge der ungünstigen Witterung um 7,2% stieg, haben auch die überwiegend von der Konjunktur abhängigen Berufsgruppen eine, wenn auch schwächere Zunahme, nämlich um 5,1 Prozent zu verzeichnen. Der Druck, der von den internationalen Währungsschwierigkeiten und von den Absperrungsmassnahmen wichtiger Abnehmerländer ausgeht, hat sich weiter verschärft; er hat die Auswirkungen der auch sonst nach dem Weihnachtsgeschäft üblichen Stille verstärkt.

Angesichts der starken Exportlähmung rückt die Notwendigkeit einer Belebung des Inlandsmarktes wieder in den Vordergrund. Es wird höchste Zeit, dass sich die Regierung wieder etwas mehr um die Arbeitsbeschaffung kümmert. Nach dem neuesten Bericht der Reichsanstalt ist zwar nicht anzunehmen, dass die Schreckensziffer von 7 Millionen Arbeitslosen, die im Herbst vorigen Jahres prophezeit worden war, Wirklichkeit wird, allein 6 1/2 Millionen Arbeitslose, die wir wahrscheinlich im Höhepunkt der Winterarbeitslosigkeit Ende Februar mustern werden, ist wahrhaftig schon schlimm genug. Schafft Arbeit! Man muss es jetzt der Regierung jeden Tag zweimal zurufen.

Der Reichsfinanzminister hat dieser Tage in Stuttgart in seiner vor den württembergischen Demokraten gehaltenen Rede sein Arbeitsbeschaffungsprogramm wieder in Erinnerung gebracht. Er hat sich dabei darüber beklagt, dass er für seine Pläne wenig Verständnis gefunden habe. Mit der Reichsbahn habe er 3/4 Jahr lang kämpfen müssen, bis sie sich endlich bereit gefunden habe, Aufträge an die Industrie zu erteilen. Auch in der Siedlungsfrage habe er konkrete Vorschläge gemacht, um nach dem Beispiel Württembergs den Arbeiter durch Siedlung krisenfest zu machen. Wenn der Zusammenbruch der Weltwirtschaft weiter Fortschritte mache, werde das Siedlungsproblem in ein entscheidendes Stadium rücken. Sein Kernpunkt bestehe darin, dass der Grosstadtarbeiter, wenn er keine Arbeit finde, nicht gleich verhungere.

Wir wollen auf das Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reichsfinanzministers im Augenblick nicht von neuem eingehen. Dazu wird sich in Kürze Gelegenheit bieten. Für den Augenblick wollen wir nur dem Minister danken, dass er wenigstens das Arbeitslosenproblem, vor allem die Arbeitsbeschaffung, wieder einmal berührt hat. Hoffentlich sorgt der Minister dafür, dass bei den massgebenden Stellen das Interesse an der Arbeitsbeschaffung nicht völlig einschläft. Man hatte in den letzten Wochen manchmal den Eindruck, als ob man bei der Re-

gierung ganz vergessen hat, dass es auch noch ein Arbeitslosenproblem gibt.

Wenn der Reichsfinanzminister etwas für die Arbeitsbeschaffung tun will - bei den Gewerkschaften kann er dabei auf Unterstützung rechnen. Jede Hilfe ist erwünscht. Auch wenn dabei nur da und dort einige tausend Arbeiter wieder in Beschäftigung kommen. Wir können nicht auf geniale Projekte warten, die uns versprechen, Millionen in Arbeit zu bringen, praktisch aber nur Stoff für endlose Diskussionen abgeben. Was hilft, ist gut. Das muss man auch der Reichsbahn einschärfen. Sie könnte sich in der Frage der Arbeitsbeschaffung schon etwas mehr anstrengen. Ihre Aufgabe ist Eingliederung in die Gesamtvolkswirtschaft und nicht nur die Sorge für sich selbst.

Auch den Reichsarbeitsminister muss man nachdrücklichst darauf aufmerksam machen, dass er jede Möglichkeit, den Arbeitslosen zu helfen, ausnützen muss. Die Arbeitszeitverkürzung hat er auf die lange Bank geschoben. Längst hat er die Ermächtigung, in der Arbeitszeitverkürzungsfrage den gordischen Knoten zu durchhauen. Anders wird er aber in der Frage der Arbeitszeitverkürzung nie weiter kommen; denn das ewige Verhandeln mit den Unternehmern hat, wie die Erfahrung zeigt, keinen Zweck.

SPD. Das Uebereinkommen zur Begrenzung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau das von der 15. Internationalen Arbeitskonferenz angenommen wurde, ist augenblicklich in Genf Gegenstand zwischenstaatlicher Besprechungen. Die britische Regierung hatte anfangs Dezember den Wunsch ausgesprochen, das Internationale Arbeitsamt solle zum Zweck der Ratifizierung des Uebereinkommens solche Besprechungen herbeiführen. Das Uebereinkommen, das die Arbeitszeit im Kohlenbergbau auf 7 Stunden 45 Minuten täglich beschränkt, enthält eine Bestimmung, wonach es 6 Monate nach Ratifikation von zwei der nachstehenden 7 Staaten: Deutschland, Belgien, Frankreich, Gross-Britannien, Niederlande, Polen und Tschechoslowakei in Kraft tritt.

An den Genfer Besprechungen nimmt von deutscher Seite Ministerialdirektor Dr. Sitzler vom Reichsarbeitsministerium teil.

SPD. Die Vierte Notverordnung hat auch im Baugewerbe, wo in jahrzehntelanger Uebung tarifrechtliche Selbstverantwortung und Selbstverwaltung zu hoher Blüte gebracht worden waren, die Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen dem ausschliesslichen Ermessen und Willen der Parteien entzogen. Wie sehr dadurch das Selbstverantwortungsgefühl der sonst auf die "Unternehmerinitiative" so stolzen Arbeitgeber gelitten hat, zeigt ein kurzer Ueberblick über die bisherigen Bezirks-Lohnverhandlungen.

Fast überall versuchten die Unternehmer, möglichst unter den Stand der Löhne des Notverordnungstermins, d.h. unter den Stand von 10. Januar 1927, herunterzukommen, und sie verfielen dabei auf die verschiedensten Schliche und Kniffe, wie Versetzung in niedrigere Lohnklassen, neue Lohnklasseneinteilungen, Vergrösserung der Spanne zwischen Hilfs- und Facharbeiterlöhnen, Wegfall bestimmter Zuschläge und ähnliche Mittel. Begreiflich, dass unter diesen Umständen viele Verhandlungen kein volles Ergebnis hatten, sodass der staatliche Schlichter eingriff oder noch eingreifen muss. Das gilt z.B. für die Lohngebiete Ostpreussen, Pommern, Schlesien, Mecklenburg, Unterweser-Ems (Bremen), Freistaat Sachsen sowie für Baden und die Pfalz.

In Nordwestdeutschland wollten die Unternehmer den Hilfsarbeitern eine Extra-Lohneinbusse aufzwingen. So sollte in den Orten, wo die Lohnspanne zwischen Facharbeiter- und Hilfsarbeiterlohn 1927 niedriger war, diese erhöht und in den Gebieten, wo sie über 17% lag, auf den Stand von 1927 zurückgebracht werden. Der Schlichter änderte an der im Reichstarifvertrag festgesetz-

ten Lohnspanne nichts, setzte aber als Ausgleich für die Löhne vom 10.Januar 1927 für die Hilfsarbeiter einen Lohnzuschlag von 3 Pfg. fest. Für Hamburg und einige Gebiete in Schleswig-Holstein erklärte der Schlichter die Löhne vom 10.Januar 1927 als vom 2.Januar 1932 an gültig; für Schleswig-Holstein I und II baute er dieLöhne um 13% ab, auch verschlechterte er die Zulage für Steinträger. Sonst aber blieb der Bezirksvertrag unverändert. Für Bayern und Württemberg wurden die Löhne neu "errechnet". Für Bayern ist bereits der Antrag auf Allgemeinverbindlichkeitserklärung gestellt. Das gleiche ist für Westdeutschland der Fall. Für Kreuznach wurde die Weiterzahlung der am 25.Juli 1931 beschlossenen Löhne ab 1.Januar 1932 vereinbart. Für die Grenzmark hat der Schlichter die Löhne vom Januar 1927 festgesetzt, desgleichen für Nieder- und Oberschlesien, jedoch ist man sich hier noch nicht über die Tiefbauarbeiterlöhne und über die Werkzeugzulagen einig; über sie muss nunmehr der Schlichter entscheiden. Für Berlin-Brandenburg, wozu auch die Gebiete Kalkberge, Alt-Landsberg, Straussberg und Mittenwalde gehören, sind die Löhne neu festgesetzt. Dabei ist für Berlin-Brandenburg der Schlichter dem Antrage der Unternehmer auf Erweiterung der Spanne für Bauhilfsarbeiterlöhne von 1927 nicht nachgekommen. Er hat die Löhne für Hilfsarbeiter über dem Lohn vom 10.Januar 1927, aber in der Spanne etwas vergrössert, festgesetzt. Neu errechnet sind auch die Löhne für das Gebiet Provinz Sachsen-Anhalt sowie für Thüringen und Osterland. In Hessen ist ebenfalls alles geregelt bis auf Giessen. Leider sind dabei die Zuschläge ebenfalls um 10% gekürzt worden. Im Rheinland war die Stellung des Schlichters insofern bemerkenswert, als er unter Bezugnahme auf die Möglichkeit, bei besonders gelagerten Verhältnissen im Vergleich zu 1927 einen Systemwechsel herbeizuführen, einfach unter die Löhne von 1927 heruntergehen wollte. Auch hier konnte keine Vereinbarung erzielt werden. Dem Schlichter waren selbst die Löhne von 1927 noch zu hoch.

Das Verhandlungsziel der Unternehmer war der "Individuallohn". Kein Wunder, wenn die Verhandlungen bis zur Stunde noch nicht überall beendet sind.

SPD.Die "Soziale Praxis" veröffentlicht in ihrem ersten Heft im neuen Jahr aus Anlass der Vollendung ihres 40.Jahrgangs einen Artikel des Reichsarbeitsministers über "Arbeitsrecht und Sozialversicherung in der Krise". Der Minister berührt darin auch die Frage der Sozialversicherungsreform. Er schreibt:

"Im Bestand und Aufbau der Versicherungsträger und Versicherungsbehörden haben sich nicht alle Erwartungen der RVO erfüllt, auch nicht im Verfahren. Für die heutigen Verhältnisse ist die gegenwärtige Zahl der Versicherungsträger und Versicherungsbehörden schon wegen der zeitlichen Verkürzung der Entfernungen durch die Verkehrsmittel nicht mehr notwendig. Auch der Rechtsmittelweg ist unverhältnismässig überlastet. Selbst wenn bei der Vereinfachung der Spareffekt nicht gleich wäre, der Leistungserfolg würde sofort sichtbar werden; die Verwaltung wird besser, sorgfältiger und wirksamer. Die Aenderungen auf dem Gebiete der Leistungen und der Organisation müssen ein unteilbares Ganzes bilden, sie bleiben dem ordentlichen Weg der Gesetzgebung vorbehalten."

SPD.Der rheinische Schlichter Dr.Joetten hat für die Rheinschiffahrt eine Entscheidung getroffen, wonach die zur Zeit geltenden Löhne und Gehälter, abgesehen von geringfügigen Ermässigungen in einzelnen Fällen, bis Ende April in Kraft bleiben.

Wirtschaft Technik Handel

Kaffeerevolution.

12 Millionen Sack Kaffee sollen vernichtet werden.

SPD. Die grossen Warenmärkte liegen um die diesjährige Jahreswende noch ruhiger, als das sonst der Fall ist. Es sind keine Anzeichen vorhanden, dass das Jahr 1932 einen Stimmungsumschwung bringen könnte. Dafür liegen viel zu viel politische Hemmungen vor. Wir haben politische Weltwarenmärkte bekommen. Nur der Kaffeemarkt macht eine Ausnahme. Der Kafeepreis hat sich in letzter Zeit ganz erheblich steigern können. Was aber aus dem Kafeemarkt in Zukunft wird, dafür bietet die vollzogene Steigerung natürlich keinen Anhaltspunkt.

Der Markt für Kaffee ist schon seit Jahren besonders politisch gewesen und die letzten Monate haben diese Tatsache mit seltener Klarheit hervortreten lassen. Südamerika dürfte wohl im letzten Jahre einige Dutzend Revolutionen und Revolutiönchen erlebt haben. Eine Reihe von ihnen spielte sich in Brasilien und hier besonders im Kaffeestaat Sao Paulo ab. Das ist nicht weiter verwunderlich, wenn man sich daran erinnert, dass die brasilischen Staatsfinanzen von der Kaffeeausfuhr, d.h. von einer von dem exportierten Kaffee erhobenen Abgabe abhängig sind, dass der Kafeepreis während der Umwälzung auf den Rohstoffmärkten auf rund ein Drittel seines Höchststandes sank und dass es den vereinten Bemühungen des Kaffeestaates Sao Paulo und des brasilischen Bundestaates im vorigen Jahr nur mit Mühe geglückt ist, eine Anleihe von 20 Millionen Pfund, also damals rund 400 Millionen Mark, zur Stützung der Landeswährung und, was allerdings nicht gesagt wurde, zur weiteren Stützung des Kafeemarktes reinzunehmen.

Als diese Anleihe an Brasilien gewährt wurde, stellten die Anleihegeber u.a. die Bedingung, dass etwa 14 Millionen Sack Kaffee aus den brasilischen Inlandsbeständen für die Anleihe verpfändet und nur allmählich, im Einvernehmen mit den Geldgebern, verkauft werden sollten. Bei Formulierung dieser Bedingung ist ein grober Schnitzer passiert. Vor Abschluss der Anleihe haben sich wohl aussenstehende Beurteiler, anscheinend aber keiner der beteiligten Bankiers Gedanken darüber gemacht, wie eigenartig es doch ist, das Pfand für eine so grosse Anleihe in der Hand eines Schuldners zu lassen und zwar eines Schuldners, der schliesslich eine unsichere Regierung ist, die nicht mehr nach kaufmännischen Grundsätzen kalkuliert. Bei der ersten Kaffeevalorisation von 1907 hat man die verpfändeten Kaffeebestände schleunigst nach den Verbrauchergebieten, vor allem nach den Häfen von New York, Le Havre und Hamburg verladen und sie dort in treuhänderische Verwahrung gegeben. Damit hat man diesesmal gebrochen. Diesesmal liess man den Brasilianern den Kaffee "zu treuen Händen", mit dem Erfolg, dass nach dem letzten Staatssreich in Sao Paulo sich eine neue autonome Kaffeekasse aufgetan hat, die sich diktatorische Gewalt beilegt.

Diese neue Kaffeekasse hat zunächst einmal die Ausfuhrabgabe um fast die Hälfte erhöht. Mit der ausgesprochenen Absicht, ihre Finanzen zu stärken. Sie hat bisjetzt nicht daran gedacht, die Mehreinnahmen an die Anleihegeber abzuführen. Sie hat ferner verfügt, dass im laufenden Erntejahr mindestens 12 Millionen Sack Kaffee vernichtet werden, und sie benutzt alle Mittel, die sie auftreiben kann, um die Weltkaffeemärkte auch weiter zu beeinflussen, d.h. die Kaffeepreise in die Höhe zu treiben.

Das ist kein ungefährliches Mittel, denn Brasilien hat allmählich Konkurrenten auf dem Weltmarkt bekommen. Die langen Jahre, in denen Brasilien

seine Kaffeeausfuhr stark beeinflusste und den Kaffeepreis hochhielt, haben den Anbau von Kaffee ausserhalb Brasiliens so stark angeregt, dass der Anteil Brasiliens an der Welternte in immerhin kurzer Zeit von etwas über 2/3 auf 60 Prozent zurückgegangen ist. Aber Brasilien kann sich eine solche Politik trotz der Konkurrenz immer noch leisten. Die eigentlichen mittleren Verbrauchskaffees kommen auch heute noch in erster Linie aus Brasilien und die Verbrauchsländer haben kaum eine andere Wahl als die, ob sie die überhöhten brasilischen Preise zahlen oder ob sie die teuereren sogenannten milden Kaffees kaufen wollen. Der Aufschlag war bei den "milden" Kaffees früher allerdings etwa doppelt so gross als jetzt; zeitweilig sogar noch höher. Im Grunde genommen sind aber die milden Kaffees teurer als die brasilischen und das gibt den Brasilianern immer wieder Gelegenheit, die Märkte zu stören, sobald man ihnen im Anleihewege oder sonstwie Geld zur Verfügung stellt. Das ist diesesmal durch die obenerwähnte Anleihe von 400 Millionen Mark geschehen.

Es ist eine sonderbare Politik, die die amerikanischen und europäischen Bankiers getrieben haben, als sie diese Anleihe zur Verfügung stellten. Man muss aber berücksichtigen, dass diese Bankiers ohne die neue Anleihe die alten Anleihen schwer gefährdet hätten. Als Erfolg ist zu buchen, dass es den Brasilianern mit Hilfe dieser Anleihe tatsächlich geglückt ist, den Kaffeemarkt in den letzten Monaten wieder ziemlich fest zu machen und die Preise für Rohkaffee liegen jetzt etwa wieder so hoch wie Anfang 1931 und rund 25 Prozent über den niedrigsten Preisen vom Sommer 1931. Das ist wohl ein Fall, der auf den Weltmärkten ziemlich einzig dasteht. Eine andere Frage ist die, wie lange sich diese Politik durchhalten lassen wird. Neue Ernten reifen heran und vergrössern die Bestände. Die Kaufkraft dagegen sinkt. Die Verbrauchsländer werden durch die sinkende Konjunktur nicht gerade aufnahmefähiger. Der Faktor Kaufkraft wird auf die Dauer auch den Kaffeemarkt regulieren.

SPD. Nach dem Fünftageplan des Reichskommissars für Preissenkung sollen nunmehr auch endlich mit den Brauereien und Gastwirten Verhandlungen über die Herabsetzung des Bierpreises stattfinden. Die Notwendigkeit und die Möglichkeit zu einer fühlbaren Verbilligung des Bieres sind längst gegeben. Die Brauereien, die Preiskonventionen unterhalten, haben es aber verstanden, zunächst vom Reichswirtschaftsministerium eine Verlängerung des Preissenkungstermins bis zum Ende des Monates zu erwirken. Die Verbände des Brauereigewerbes bemühen sich, die längst fällige Anpassung der Bierpreise an die verbilligten Braukosten und die geschwächte Kaufkraft der Bevölkerung mit einer Aktion gegen die Biersteuer zu verbinden.

Es muss vorweg betont werden, dass die Bierpreissenkung nichts mit der Biersteuerfrage zu tun hat. Gewiss, die Bierbesteuerung ist beträchtlich. Aber weder das Reich noch die Gemeinden können auf diese Einnahmequelle in ihrer Finanznot verzichten. Es ist auch unrichtig, wenn die Interessenten behaupten, dass ohne eine Biersteuersenkung eine fühlbare Entlastung für die Konsumenten nicht zu bewerkstelligen sei. Vielmehr sind in der letzten Zeit beträchtliche Verbilligungen der Braukosten eingetreten. Der Schanknutzen der Gastwirte ist ferner vielfach noch immer so erheblich überhöht, dass die Voraussetzungen für eine beträchtliche Bierpreissenkung, unabhängig von der Steuerbelastung, gegeben sind.

Hopfen und Braugerste sind die wichtigsten Braustoffe, deren Preise entscheidend den Braustoffaufwand bestimmen. Bei den Hopfenpreisen ist geradezu ein Erdrutsch im Laufe der letzten Jahre eingetreten. Die gegenwärtigen Hopfenpreise mit 100 Mark per 100 Kilogramm betragen den zehnten Teil der Preise von 1926. Braugerste ist gleichfalls beträchtlich gesunken, mit der Wirkung, dass der Rohstoffaufwand der Brauereien seit 1926/27 sich um etwa 4 Mark je Hektoliter vermindert hat.

Trotz dieser enormen Rohstoffverbilligung haben die Brauereien aber ihre Lieferpreise nicht gesenkt, haben sie alle Steuererhöhungen voll abgewälzt, zum Teil sogar diese noch zu Zuschlägen ausgenutzt. Die Notverordnung mit ihrer Senkung der Löhne, Frachten und Zinsen bringt neue Entlastungen.

Man kann auch nicht gerade behaupten, dass die Brauereien Not leiden. Nach der letzten Bilanzstatistik betrug die Durchschnittsdeividende der Brauereien 12 Prozent; zahlreiche Brauereien haben auch noch in den Krisenjahren Dividenden von 14 und 18 Prozent und darüber verteilen können. Wenn die Brauereien infolge einer uferlosen Expansionspolitik heute enorme Aussenstände haben, die die bürgerliche Presse auf 400 bis 500 Millionen Mark veranschlagt, haben sie das ohne Zweifel selbst zu verantworten und besitzen hinreichend grosse Reserven, um evtl. selbstverschuldete Verluste auszugleichen. Soll etwa der Konsument die Ausfälle infolge einer leichtsinnigen Pumpwirtschaft der Brauereien, die Schultheiss-Verluste etc. im Bierpreis bezahlen? Eine Aufrechterhaltung der weit überhöhten Brauereipreise darf unter keinen Umständen länger geduldet werden. Vielmehr sind die Voraussetzungen für eine beträchtliche Senkung der Lieferpreise der Brauereien um mindestens 5 Mark je Hektoliter oder 5 Pfennig je Liter gegeben.

Auch eine Nachprüfung der Gastwirtszuschläge ist dringend geboten. Wiederholt haben die Gastwirte die Ausschankpreise um ein Mehrfaches der Steuererhöhung gesteigert; sie haben so den starken Verbrauchsrückgang mit verschuldet. In den letzten Monaten hat nun teilweise ein gewisser Abbau des weit übersteigerten Schanknutzens eingesetzt, beschränkt freilich auf eine kleine Anzahl von Gastwirtschaften. Es haben sich groteske Preisdifferenzen herausgebildet. In Berlin beträgt zum Beispiel der Ausschankpreis für die grosse Berliner Molle (6/20 Liter) in den zahlreichen Lokalen nach wie vor 30 Pfennige. In den Arbeitervierteln haben viele, aber bei weitem nicht alle Gastwirtschaften den Preis auf 25 Pfennige herabgesetzt; hin und wieder werden 20 Pfennige genommen. Diese Lokale machen dabei kein schlechtes Geschäft.

Berücksichtigt man diese Differenzen und ferner den Umstand, dass auch die Gastwirtschaften durch die Mietesenkung und andere Verbilligungen entlastet werden, so wird deutlich, dass neben der Senkung der Brauereipreise auch eine allgemeine beträchtliche Senkung des Schanknutzens möglich und notwendig ist. Man sollte ferner mehr auf die Pfennigrechnung sehen.

Die Notwendigkeit und die Voraussetzungen für eine sofortige Bierpreissenkung sind klar und eindeutig gegeben, Herr Preiskommissar!

SPD. Die New Yorker Börse zeigt in den letzten Tagen eine freundlichere Stimmung, sodass man sich wieder an das Wort Börsenhausse erinnert. Die Kurse zogen beträchtlich an. Profitiert haben davon auch deutsche Anleihen. Man ist allgemein der Auffassung, dass es sich dabei um mehr als um eine blosse vorübergehende Stimmung und Ansichtssache handelt. Dabei verweist man auf eine Reihe von Gründen, die die New Yorker Hausse auslösten. Die Hausse hat sich auch nicht auf New York beschränkt, sondern auch auf andere Plätze, z.B. auf London übergegriffen. Auch die Notierungen für Baumwolle und Getreide konnten anziehen.

Ohne Zweifel wird die Botschaft des amerikanischen Präsidenten an den Kongress, die Arbeiten zum Wiederaufbau der amerikanischen Wirtschaft schleunigst aufzunehmen, der eine Spitze gegen die bisherigen Deflationspolitik beigelegt war, die Stimmung an der Börse günstig beeinflusst haben. Dazu kommen günstige Nachrichten aus der amerikanischen Stahlindustrie und eine bessere Beurteilung der Lage der grossen Eisenbahngesellschaften. Weiter werden die englisch-französischen Verhandlungen über ein Moratorium für die deutschen Zahlungen günstig beurteilt.

Im übrigen haben die Aussagen der amerikanischen Bankiers vor dem En-

quêteausschuss ihren Eindruck auf das Land nicht verfehlt. Dieser Enquête=ausschuss wurde zusammen gerufen, weil man den amerikanischen Banken den Vorwurf machte, sie hätten eine uferlose Anleihepolitik getrieben und Gelder, die die amerikanische Wirtschaft selbst gebrauchen konnte, dieser zum Schaden der Prosperität der amerikanischen Wirtschaft entzogen. In diesem Zusammenhang wurden besonders die deutschen Anleihen erwähnt. Die Aussagen der Bankiers ergaben etwas anderes. Danach entfallen nur 8 Prozent des Gesamtumsatzes der grossen Banken in Amerika auf Geschäfte mit Deutschland. Von aufgelegten Anleihen in Höhe von 10 Milliarden Dollars sind nur 1,3 Milliarden deutsche Anleihen. Der Präsident der Chase National Bank schätzte das in Deutschland arbeitende kurz= und langfristige amerikanische Kapital auf etwa 2 110 Millionen Dollars. Das sind nur 3,5 Prozent des Kapitals der amerikanischen Banken, die mit Deutschland arbeiten. Das Ergebnis der Enquête ist ohne Zweifel ein Plus für den deutschen Kredit in Amerika.

SPD. In Pommern ist das Gut Schöningen, dessen Eigentümer der Osthilfekommissar Schlange-Schöningen ist, in Schwierigkeiten geraten. Die Gutsverwaltung hat sich mit einem Schreiben an die Gläubiger um Nachlass ihrer Forderungen gewandt. Das Gut Schöningen hat damit getan, was jeder Betrieb nach dem Gesetz tut und tun kann, wenn er in eine ähnliche Lage gerät.

Anders wird der Fall Schöningen in der rechtsradikalen landbündlerischen Presse Pommerns behandelt. Das deutschnationale Blatt Pommerns brint z.B. voller Freude eine Nachricht über die Pleite auf Schöningen. Dem Osthilfekommissar wird darin unverblümt der Vorwurf gemacht, dass er für sein Gut die Vorteile einer Notverordnung in Anspruch nehme, die er selbst geschaffen hat. So gehe es "einem Manne, der, wie der Reichsernährungsminister Schiele, auf die Gleise derjenigen getreten sei, die geglaubt haben, dass die Wirtschaft, vor allem die Landwirtschaft, sich in die von den Sozialdemokraten abhängige gegenwärtige Regierung einschalten und den Kampf gegen das System aufgeben müsse. Schlange sei in die Reihen derjenigen getreten, die geglaubt haben, dass mit dem Marxismus ein Kompromiss möglich sei."

Abgesehen davon, dass der Schritt der Gutsverwaltung Schöningen mit der Ostnotverordnung garnichts zu tun hat und auch bereits vor dieser Notverordnung möglich und üblich gewesen ist, fragt man sich nach dem Grund für die Gehässigkeit gegen den Osthilfekommissar. Die landbündlerische Presse gibt selbst die Erklärung. Sie teilt mir, dass Schlange während der letzten Wahlkampagne in Stettin erklärt habe: "Wir haben in Pommern noch manch einen in der vordersten Linie des politischen Kampfes zu stehen, der uns politisch belehren will, und der besser getan hätte, zunächst seine eigene Wirtschaft nicht pleite gehen zu lassen". Herr Schlange hat sicherlich ein Recht zu dieser Aeusserung. Er gilt nicht nur als ein guter fortschrittlicher Landwirt, sondern er ist es auch. Und er hat aus seiner Ueberzeugung keinen Hehl gemacht, dass so mancher pommersche Grossgrundbesitzer, der heute pleite ist und gegen die "Saurepublik" wettert, an seinem Bankrott selbst schuld ist. In Pommern kann man anscheinend die freie Meinung nicht vertragen.

Im übrigen werden in der rechtsradikalen Presse die Schwierigkeiten auf Gut Schöningen so ausgelegt, dass diese nur beweisen, wie recht der rückständige Landbund und wie unrecht der fortschrittliche Landwirt in der Beurteilung der Führung der Agrarpolitik habe. Das stimmt nicht. Schöningen war und ist auch heute noch ein Mustergut. Das wird auch von der landbündlerischen Presse vorbehaltslos anerkannt. Wenn das Gut Schöningen mit Zahlungsschwierigkeiten zu kämpfen hat, so beruht das darauf, dass unter dem wertvollen Zuchtmaterial Schöningens eine Seuche ausgebrochen ist. Wie der Fall aber in der landbündlerischen Presse behandelt wird, beweist nur, dass der Terror des Landbundes jeden trifft, der es wagt, gegen die Phrasenpolitik des Landbundes zu mucksen und in der Agrarpolitik Vernunft zu predigen.

Zu der Angelegenheit wird amtlich mitgeteilt, "dass unwahr ist, dass Umschuldungsverhandlungen für das Gut Schöningen im Rahmen der vom Minister Schlange selbst geschaffenen Ostnotverordnung geführt werden. Obwohl die bekannten Regenjahre auch für Schöningen Verluste brachten, ist dessen Verschuldungslage massgebend durch umfangreiches Eintreten für andere verursacht worden. Wäre die Lage Schöningens aber so, dass Schlange Reichshilfe in Anspruch nehmen müsste, so hätte er ein Ministeramt selbstverständlich nicht angenommen. Dass im übrigen Schlange die Schöninger Wirtschaft 1918 aus völligem Kriegszusammenbruch heraus übernommen und vollkommen neu aufgebaut hat, sollte auch den Verfassern des Artikels in der "Pommerschen Tagespost" bekannt sein".

SPD. Das Preussische Statistische Landesamt veröffentlicht das vorläufige Ergebnis der Viehzählung vom Dezember 1931, das die schädlichen Auswirkungen der Schiele'schen Futtermittelpolitik unterstreicht. So ergibt sich bei sämtlichen Arten von Federvieh im Jahre 1931 gegenüber dem Vorjahr eine Verminderung der Bestände. Die Zahl der Legehühner ist von 43 Millionen auf 42 Millionen zurückgegangen, die der Enten von 2,7 auf 2,45 Millionen, die der Gänse von 3,75 auf 3,46 Millionen. Die Nachzucht, die nur bei den Hühnern ausgewiesen ist, ging um mehr als 10 Prozent, von 12,2 auf 10,9 Millionen zurück. So sehen die Auswirkungen der Schiele'schen Politik auf die landwirtschaftliche Veredelung aus, wovon besonders die bäuerlichen Betriebe betroffen werden.

Die Pferde haben sich von 2,42 Millionen Stück auf 2,38 Millionen, also um 2 Prozent verringert. Der Rindviehbestand ist dagegen um 4 Prozent, von 10,4 Millionen auf 10,8 Millionen Stück angewachsen. Der gesamte Bestand an älteren weiblichen Rindern, die für die Milchgewinnung bestimmt sind, stieg allein um 100 000 Stück, also um rund 2 Prozent. Der Schafbestand, insgesamt 2,3 Millionen Stück, hat sich seit dem Jahre 1930 nicht wesentlich verändert. Der Ziegenbestand ging um 3 Prozent zurück.

SPD. Der Absatz des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats wird für den Monat Dezember mit 161.000 Tonnen arbeitstäglich angegeben gegenüber 193 000 Tonnen im November. Davon gingen 75 000 Tonnen (November = 94 000 Tonnen) in das unbestrittene Gebiet und 86 000 Tonnen (November = 99 000 Tonnen) in das bestrittene Gebiet. Die Haldenbestände werden mit 8,94 Millionen Tonnen gegenüber 8,83 Millionen Tonnen im November angegeben. Infolge der Abgabe von Kohle an Erwerbslose haben sich die Vorräte an Kohle und Briketts etwas verringert. Dagegen sind die Koksbestände weiter gestiegen.

SPD. Nach einer Aufstellung des Zentralverbands deutscher Konsumvereine, die 24 wichtige Lebensmittel und Bedarfsartikel in 19 Grosstädten erfasst, kosteten diese im Einzelhandel, immer pro Einheit gerechnet, zusammen 26,31 Mark und bei den Konsumgenossenschaften 24,44 Mark. Es ergibt sich also ein Preisunterschied von 1,87 Mark zu Gunsten der Konsumvereine. Beispielsweise waren Reis bei den Konsumvereinen um 14,3 Prozent, Erbsen um 7,7 Prozent, Mohrrüben um 13,3 Prozent, Kartoffeln um 11,1 Prozent, Hammelfleisch um 8,9 Prozent, Schellfische um 43 Prozent, Eier um 21,4 Prozent und Briketts um 6,2 Prozent billiger als beim privaten Handel.

Besseres Mehlgeschäft.

(Berliner Getreidebörse vom 7. Januar.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse war am Donnerstag die Stimmung wieder etwas fester. Nachdem eine gewisse Belebung des Mehlgeschäftes eingetreten ist, zeigen die Mühlen wieder verstärkte Aufnahmeneigung. Die Preise für promptes Getreide konnten sich beim Weizen um etwa 1, beim Roggen um etwa 2 bis 3 Mark befestigen. Auch am Markte der Zeitgeschäfte waren Preisgewinne von etwa 2 Mark für Weizen und 1 bis 2 Mark für Roggen zu verzeichnen. Das Mehlgeschäft wickelte sich in normalem Umfange ab, teilweise wird über eine Belebung berichtet, ohne dass die Preise nennenswerte Veränderungen aufweisen. Hafer hatte festere Tendenz; das Angebot war ziemlich ausreichend. Die Nachfrage hat sich etwas reger gestaltet.

	6. Jan.	7. Jan.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	221 - 223	222 - 224
Roggen	187 - 189	190 - 192
Braugerste	153 - 165	153 - 165
Futter= und Industriegerste	148 - 152	148 - 152
Hafer	134 - 142	134 - 142
Weizenmehl	27,00 - 31,00	27,25 - 31,25
Roggenmehl	26,00 - 28,00	25,15 - 28,15
Weizenkleie	8,75 - 9,00	8,75 - 9,00
Roggenkleie	9,00 - 9,50	9,00 - 9,50.

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 243 (Vortag 241), Mai 251-250¾ (249). Roggen März 207½-208 (206¼), Mai 214½ (213½), Hafer März 153½-153 Brief (152½), Mai 159½-159¼ Brief (159¼).

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier. Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 7. Januar: A. Deutsche Eier: Trinkeier, vollfrische gestempelte über 65 gr 12,75, über 60 gr 11, über 53 gr 10, über 48 gr 8, aussortierte, kleine und Schmutzeier 5,50-6,50. B. Auslandseier: Dänen 18er 12,25, 17er 11,75, 15½-16er 9,75, leichtere 7,50-8. Holländer 68 gr 12,25-12,50, 60-62 gr 10-10,50, 57-58 gr 9,75, leichtere 7,50-8, Belgier 68 gr 12,50, 60-62 gr 10-10,50, 57-58 gr 9,50, Rumänen 7-9, Polen normale 7,50, kleine, Mittel- und Schmutzeier 5-6. C. In= und ausländische Kühlhauseier: grosse 7,50-7,75, normale 5 - 6. D. Kalkeier: grosse 6 - 6,50, normale 5 - 5,50. Die Preise verstehen sich in Rpf, je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbezieher und Eiergrosshändler ab Lager und Waggon Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: veränderlich, Tendenz: matt.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung je Zentner waggonfrei märkischer Station vom 7. Januar: Weisse Kartoffeln 1,50-1,60, rote 1,70-1,90, Odenwälder Blaue 1,80-2,00, andere Gelbfleischige (ausser Nieren) 2,10-2,30. Fabrikkartoffeln 8 - 9 Pfg. je Stärkeprozent.

Die sozialistische Frau

FRAUENBEILAGE DES S·P·D

Nr. 2. Berlin, den Januar 1932.

Pflegekinder gegen Vermittlungsgebühren

SPD. Zu gleicher Zeit liegen uns zwei Eingänge vor, die die Pflegekindervermittlung betreffen. Eine Pflegemutter drückt in warmen Worten ihren Dank an das Landesjugendamt aus, das ihr ein Pflegekind als Weihnachtsgeschenk vermitteln konnte. Die Sehnsucht nach dem Kinde erfüllt mehr Menschen, als allgemein angenommen wird. In den Jugendämtern erfüllen sich die meisten dieser Wünsche zu allseitiger Zufriedenheit. Das müsste nachgerade so bekannt sein, dass Enttäuschungen, wie sie der zweite Eingang enthält, nicht mehr vorzukommen brauchten.

Eine Familie wünscht ein Kind in Pflege zu nehmen bezw. zu adoptieren. Sie bevorzugt ein Kind von auswärts, um keine Scherereien mit Angehörigen des Kindes zu haben. Die Spalten der Tageszeitungen enthalten immer Angebote von Kindern "diskreter" Geburt, sogar mit Abfindungsbeträgen. Gar zu gern wird auf die verlockende Aussicht hin, eine Abfindungssumme ausgezahlt zu erhalten, auf diese Angebote reagiert. Hinter dem Angebot steht aber nicht etwa ein heimatloses Kind, sondern zunächst irgend ein geschäftstüchtiger Spekulant - Geldgie gegen Geldgier -, der ein Kind zum Handelsobjekt machen möchte. Manchmal gelingt das auch.

Die nachsuchende Familie erhält ein Anschreiben mit Anlagen, unter denen die ausgefüllte Postanweisung über 15 Mark wohl die wichtigste für den Vermittler ist. Korrekte Pflegefamilien, denen es ernst um die Aufnahme eines fremden Kindes ist, lehnen das Ansinnen mit Entrüstung ab. Aber es wird andre geben, denen die Abfindungssumme im Hintergrunde das Barometer ihrer Gefühle für die Vermittlungsgebühr steigen lässt.

Kaum auf einem Gebiete begegnen sich Idealismus und Egoismus häufiger als hier, wo heimatlose Kinder einen warmen Herdplatz brauchen, und wo Kinder "diskreter Geburt" von gewissenlosen Erzeugern verschachert werden. Zugegeben, dass es Fälle gibt, wo das unerwünschte Kind aus dem Blickfelde der "Gesellschaft" verschwinden muss - für solche Kinder tatsächlich oft das beste! -, aber weshalb finden die Betreffenden nicht den Weg zu den überall im Deutschen Reiche befindlichen Jugendämtern, die ebenfalls "diskret", aber <u>unentgeltlich</u> vermitteln und die vom Erzeuger gezahlte Abfindung mündelsicher deponieren!

Wir haben begründetes Misstrauen gegen abfindungslüsterne Pflegeeltern. Die Spuren schrecken. Gemachte üble Erfahrungen finden ihren Niederschlag in den "Schwarzen Listen", die bei allen Jugendämtern durch das Deutsche Rote Kreuz kursieren.

Wer ein Kind um seiner selbst willen gern hat, der ist glücklich, ein solches Kind zu erhalten, nackt, wie es geboren wurde. Denn die Heime, welche Kinder ausgeben, fordern selbstverständlich die Kleidung und Wäsche bis aufs Hemdchen zurück; sie müssen mit jedem Ausstattungsstück rechnen. Wie strahlen die neuen Pflegemütter, wenn sie eigenhändig all die Sächelchen zurecht geschneidert haben, die "ihr" Kind benötigt! Und wie stolz präsentieren sie das Kind bei der Anmeldung auf dem Jugendamt und in den Mütterberatungsstellen! Sie bringen die Opfer der Anschaffung von Bett und Kinderwagen mit einer bewunderswerten Selbstverständlichkeit und erhalten dafür keine besondere Vergütung, mit Ausnahme des - heute nur noch geringen Pflegegeldes; und das geht

restlos auf für Beköstigung und Kleidung. Die Wenigsten denken auch nur entfernt an eine "Abfindung". Sie wollen nur "das Kind".

Pflegeeltern mit Nebenabsichten sollen die Hände davon lassen. Ein Kind ist kein Handelsobjekt und kein geeignetes Mittel zur Sanierung kranker wirtschaftlicher Verhältnisse. Das sollen sich aber auch alle privaten Vermittler gesagt sein lassen, denen es hauptsächlich auf die Vorschusszahlung von 15 Mark ankommt. Wer ein Kind in seinen Familienkreis einzugliedern wünscht, und dessen Verhältnisse einer eingehenden Prüfung standhalten können, der wird den Weg nach seinem nächstgelegenen Jugendamte zu finden wissen. Ist auch das Gewünschte nicht sofort zur Hand, mit etwas Geduld lässt sich ein befriedigender Abschluss in jedem Falle erreichen. Leibliche Eltern müssen ja auch neun Monate warten, bis ihnen Erfüllung wird.

Schwester Lydia Ruehland.

Das Eheglücksjahr 1932.[x]

SPD. Das Problem der glücklichen Ehe gehört zu den umstrittensten Fragen unsrer Zeit. Die Kameradschafts- und die Probeehe, die Jugend- und die Zeitehe, die Ehe ohne oder mit Kindern die Familienehe, die Früh- und die Spätehe: Alle möglichen Formen sind in Theorie und Praxis behandelt worden, ohne dass es jedoch bis zum heutigen Tage gelungen wäre, tatsächlich ein allgemein gültiges Schema für "die" harmonische Ehe, das glückliche Zusammenleben zweier Menschen, zu finden. Die "Ehe zu dreien", das "Recht auf die Geliebte" und ähnliche Vorschläge, die erregt diskutiert wurden, machten das Problem noch komplizierter, verwirrten das Knäuel noch mehr, sodass Unverheiratete wie Ehemänner, Junggesellen wie Heiratslustige sich schliesslich die vom Nachdenken schmerzenden Köpfe rieben und sich überlegten, wo denn nun eigentlich die Ehe anfange, und wo sie aufhöre.... Nur ganz philosophische Köpfe konnten noch einen Ausweg finden. Zu allem Ueberfluss griffen auch noch die Zeitungen und Zeitschriften in den Kampf ein, stellten Rundfragen an sämtliche Berühmtheiten der Literatur, des Films, der Wissenschaft, bis endlich Bernhard Shaw das witzige Wort in die Debatte warf, dass kein Mann es wagen dürfe, über die Ehe die Wahrheit zu schreiben, solange seine Frau am Leben sei.....

Aber alles das gehört jetzt, mit dem Beginn des Jahres 1932, der Vergangenheit an. Wir brauchen uns nicht mehr über das Problem der Ehe zu zweien oder zu dreien die Köpfe zu zerbrechen. Wir haben es nicht mehr nötig, darüber nachzugrübeln, unter welchen Umständen eine Ehe harmonisch werden könne. Denn das neue Jahr ist ein Schaltjahr, und "Ehen, im Schaltjahr geschlossen, sind von Segen übergossen!" sagt der Volksmund. Also, heiratslustige Freiwillige vor! Was andre arme Sterbliche sich erst mühsam im Laufe vieler Ehejahre erobern müssen, Glück und Harmonie, das ist Euch schon von vorn herein mitgegeben! Mit einem solchen Vorsprung, gestützt auf einen tief eingewurzelten, alten sicherlich oft erprobten Volksglauben, muss es Euch möglich sein, ohne philosophische, soziologische, biologische, psychologische Erwägungen über Wesen und Inhalt der Ehe das erstrebte, ersehnte Ziel zu erreichen!

Sie schütteln verächtlich den Kopf, liebe Leserin, und murmeln etwas von Aberglauben, an den doch heute kein vernünftiger Mensch mehr denke, der längst überlebt und unmodern sei? - Bitte, schauen Sie rasch einmal hinüber nach Amerika, das eines der allermodernsten Länder der Gegenwart ist, aus dem wir die neuesten Erfindungen unsrer Wirtschaft, der Technik und nicht zuletzt auch des Haushalts beziehen! Sie werden sicherlich nicht behaupten wollen, dass die Leute im Lande der tausend Möglichkeiten rückständig seien. Aber über den alten Volksglauben vom Glück im "Leap Year", im Schaltjahr, sind sie doch noch nicht hinweggekommen. Denn in einem solchen Eheglücksjahr hat jede Amerikanerin das Recht für sich in Anspruch genommen, die Initiative zu ergreifen, wenn

der Freund gar zu bedächtig, zu schüchtern oder zu tief in Junggesellengewohnheitenverstrickt ist. Begegnet sie also ihrem Auserwählten, so tippt sie ihn einfach auf die Schulter und sagt bedeutungsvoll zu ihm: "Mein Herr - haben S: schon daran gedacht, dass jetzt ein Schaltjahr begonnen hat?" - Oder noch präziser, noch moderner: "Eine Stunde Zeit haben wir noch, bis der Tanztee anfängt, Charlie. Gehen wir also rasch zum Standesamt - die langweilige Formalität ist ja schnell erledigt!"

Eigentlich ist diese Sitte garnicht so übel. Gerade heute, zur Zeit der Gehaltsabzüge, des Abbaus, in der jeder Junggeselle seine Freiheit mit einem mitleidigen Blick auf die Ehemänner seines Freundeskreises noch zäher als son: verteidigt und dadurch sicherlich manchmal für immer sein Eheglück verscherzt sollten da die jungen Mädchen nicht ein bisschen nachhelfen dürfen? Wir stehe doch auf dem Boden der Gleichberechtigung von Mann und Frau; wir sind so mode: so grosszügig in unsern Anschauungen - warum sollte also nicht auch die Frau in einer so wichtigen Angelegenheit die entscheidende Frage stellen dürfen? Ja, mehr noch, ist es nicht geradezu eine Pflicht der Nächstenliebe, sich besonders im Schaltjahr der eingefleischten Junggesellen anzunehmen und sie, wenn es garnicht mehr anders gehen will, einfach mit der Nase darauf zu stoss: wo sie ein Eheglück finden können, um das sie Philosophen von Rang beneiden möchten? Böse Männerzungen haben zwar behauptet, dass nicht nur im Schaltjahr, sondern - ach! - seit Evas Zeiten die Frau daran schuld sei, wenn ein Mann sic aufs Standesamt verirre, und sie haben die pathetische Frage an alle Ehemänner gestellt, ob sie etwa freiwillig ins Joch gegangen seien! Aber rechten wir nicht mit ihnen, denn oft verbirgt die stachelige Aussenhülle dieser Worte etwas ganz anderes. Selbst Bernard Shaw hat seinem Witzwort, das seine Unbeteiligtheit am Ehediskurs begründen sollten, eine feine Huldigung für - seine Ehefrau beigefügt! Und die Praxis zeigt immer wieder, dass so mancher abgeschworene Feind der Ehe ein idealer Gatte wurde, sobald er die "Eine, die Feine" fand die zu ihm passte.

Ob wir also den alten Volksglauben annehmen oder ihn ablehnen, ob wir dem Beispiel der jungen Amerikanerin folgen oder lieber abwarten, bis "er" das erlösende Wort spricht - jedenfalls aber sollte das Jahr 1932, das Schalt- und Eheglücksjahr allen männlichen und weiblichen Zeitgenossen heiratsfähigen Alters gründlich zu denken geben. Und wenn man sich in gewöhnlichen Jahren ein "Prosit Neujahr!" zurief oder sich mit dem Wunsche "Bleibens g'sund!" verabschiedete - der Eingeweihte wird 1932 nicht überrascht sein, wenn prüfende, bedeutsame Blicke sich tief in einander versenken mit der stummen, aber entscheidenden Frage: "Es ist Schaltjahr - ob es das Eheglücksjahr werden wird - für uns zwei?" -

Elke.

Ein Märtyrer für die Mütter.[x]

SPD. Die Lebensschicksale von 21 grossen Ärzten, Pfadfindern der Medizin, die sich in heissen, verzweifelten Kämpfen um das Wesen der Krankheit mühten, schildert uns Rudolf Thiel in seinem Buche "Männer gegen Tod und Teufel" (Paul Neff Verlag, Berlin), das eine so starke Anteilnahme gefunden hat, dass bereits wenige Wochen nach seinem Erscheinen eine zweite Auflage nötig wurde. Nicht in trockenen Biographien machen wir hier die Bekanntschaft der Märtyrer und Vorkämpfer der ärztlichen Wissenschaft, - in dramatisch bewegter Form vielmehr, spannend wie ein Roman, entsteht vor uns "die Geschichte der grossen Mediziner, die zugleich die Geschichte der Medizin ist", - anekdotenhaft und doch den ureigensten Kern jeder einzelnen Persönlichkeit treffend. Hier erfährt auch der Laie, wie dornenvoll die Wege waren, die die Wohltäter der Menschheit gingen, unter welch unsäglichen Qualen jeder Zoll neuer Er-

kenntnis errungen werden musste. Gegen Tod und Pestilenz, gegen Finsternis und Aberglauben, gegen unsichtbare Gifte und menschliche Dummheit fochten die Jünger Aeskulaps - von Paracelsus bis zu Bergmann -, immer mit dem vollen Einsatz ihrer ganzen Persönlichkeit, ihrer warmen Menschlichkeit.

Den Frauen am nächsten steht Ignaz Semmelweis, ihr Befreier von der furchtbarsten Geissel, die jemals über Frauenschicksal schwang.

In Wien wütete um die Mitte des vorigen Jahrhunderts am Allgemeinen Krankenhaus, an dessen erster Klinik der junge Budapester Arzt Semmelweiss ordentlicher Assistent war, das Kindbettfieber. "Lass Dich nur nicht zu den Ärzten stecken!" raunten damals die Nachbarinnen der jungen Wöchnerin zu, die den schweren Gang ins Gebärhaus antreten musste. "Geh lieber zu den Hebammen! Wenn Du zu den Ärzten kommst, so ist es dein Tod." Sie lässt sich nicht mehr verheimlichen, die paradoxe Tatsache; die ganze Stadt kennt sie bereits: an der ersten Klinik sterben 10, 20, 30 von hundert Wöchnerinnen, an der zweiten Klinik, bei den Hebammen, dagegen nur 3 oder 4. So geht es Jahr um Jahr, seitdem man die beiden Kliniken von einander getrennt hat. Niemand geht mehr freiwillig in die Ärzteabteilung. Man weiss sich nicht mehr anders als durch Täuschung der jungen Mütter zu helfen, bei denen sich erschütternde Szenen abspielen, wenn sie die Täuschung gewahr werden und nun trotz ihrer Schmerzen kniefällig bitten, wieder entlassen zu werden.

Was war nur für ein Unterschied zwischen den beiden Kliniken, die die gleiche Wäscherei, die gleiche Küche, die gleiche Art von Patientinnen hatten? Worin waren die Hebammen besser als die Ärzte? Warum wuchs in der Ärzteklinik die Zahl der Todesfälle von Monat zu Monat, - wuchs erst recht, seitdem der eifrige, fleissige Assistenzarzt seines Amtes waltete? Ein düsteres Geheimnis musste sich hinter dieser Tatsache verbergen, das der Assistent - koste es, was es wolle, - zu lösen schwor.

Morgens, wenn der Wecker rasselt und Semmelweis aus kaum begonnenem Schlafe schreckt, weiss er schon, was ihm bevorsteht: rasch läuft er durch die Klinik und überzeugt sich, dass seine grässliche Ahnung sich wieder einmal bestätigt. Er geht ins Leichenhaus, zieht die Lederschürze über und deckt den letzten der erloschenen Frauenleiber auf. Und immer wieder bietet sich ihm das gleiche Bild, das fürchterliche Bild vereiterter Gefässe, entzündeten Bauchfells, das Bild schwerster Leichenvergiftung. Ein Gift aber, so sagt sich Semmelweis, muss doch irgendwie zu fassen sein. In bangen, schlaflosen Nächten brütet er über dem Geheimnis und kann doch keine Lösung finden, - bis ihm der Zufall zu Hilfe kommt. Ein trauriger Zufall allerdings, der ihm seinen besten Freund, den allezeit fröhlichen Gerichtsmediziner Kolletschka entreisst. Ein ungeschickter Praktikant hatte dem Professor beim Sezieren in den Finger geschnitten, und dieser starb an den gleichen Erscheinungen wie die Wöchnerinnen, - an schweren Eiterungen der Lympfgefässe, des Herzbeutels und der Hirnhäute, - Kindbettfieber also, wenn man so wollte, auf einen gesunden Mann übertragen durch einen winzigen Messerschnitt! Das Messer war vergiftet durch das Blut eines Leichnams!

Hier war der gesuchte Zusammenhang: Das Kindbettfieber wird durch ein Gift hervorgerufen, das sich an faulenden Leichen bildet; sobald es ins Blut kommt, muss der Körper sterben. Ins Blut der Wöchnerinnen aber gelangt es besonders leicht durch die blutenden Gebärorgane, - durch die Hand des untersuchenden und helfenden Arztes! Hier lag die Lösung der furchtbaren Paradoxie. Der fleissige Forscher Semmelweis, der zwischen Sezier- und Geburtssaal hin und her pendelte, brachte an seinen Fingern das Leichengift mit und infizierte die unglücklichen Frauen, denen er so gern helfen wollte. Die Hebammen aber, die ja nicht sezierten und den Leichensaal nicht betraten, waren weniger gefahrbringend!

Der Gedanke: "Wie zerstöre ich das Leichengift?" lässt nun den jungen Forscher nicht mehr los. Gegen den entsetzlichen Geruch des Leichengiftes ist sein Kampf in erster Linie gerichtet - "denn wo Geruch ist", so meint er,

"da ist auch ein Gift!" Er taucht seine Hände in faulende Stoffe, in abscheulich riechende Eiterbeulen, bis er fast ohnmächtig wird, - dann wäscht und bürstet er sie mit Sand, Lauge, Spiritus und Chlorwasser. Da endlich gelingt es ihm, den hässlichen Fäulnisgerucht zu bannen. Man schreibt das Jahr 1847, - das Geburtsjahr der Antisepsis.

Der Assistenzarzt eröffnet nun einen unerbittlichen Chlorfeldzug im Krankenhaus. Ärzte und Hebammen werden angehalten, vor jeder geburtshilflichen Untersuchung oder Hilfeleistung die Hände gründlichst in Chlorwasser zu desinfizieren. Trotzdem kommt noch manch schwerer Rückschlag, bis der Forscher erkennt, dass nicht nur Leichengift, sondern überhaupt das Gift jeder zerfallenden Geschwulst, jeder eitrigen Wunde Fieber hervorrufen kann, dass das Kindbettfieber nichts andres ist als eine Wundvergiftung, jedem gewöhnlichen Wundfieber gleichzustellen! Nun erst ist das Rätsel um das so gefürchtete Kindbettfieber endgültig gelöst. Der junge Budapester Arzt, der so heiss mit dem Dämon rang, hat diesen zuletzt doch noch bezwungen.

Dass indessen der Prophet nichts gilt in seinem Vaterlande, hat Semmelwei mit aller Härte am eigenen Leibe erfahren. Jahrzehntelang werden seine Lehren kaum beachtet, totgeschwiegen, vergessen. Er schreibt ein Buch, offene Briefe; er rüttelt am Gewissen der Welt. Als er endlich Gehör findet, ist es für ihn selber zu spät: da sinkt sein empfindsamer Geist, den ewigen Enttäuschungen nicht mehr gewachsen, in Umnachtung. In die Irrenanstalt in Wien hat er eine kleine Fingerwunde mitgebracht, die von einem Eingriff an einem Neugeborenen herrührt. Zu spät erkannte man, dass die Wunde brandig wurde....

So ging der Schöpfer der Antisepsis, der Entdecker der Fäulnisvergiftung, der grosse Wohltäter der Frauen, selber an Blutvergiftung elend zugrunde!

Dr. Lily Herzberg.

Die fremde Frau.[x]

SPD. Plötzlich war ich zum Warten verurteilt worden. Zum Warten in einer fremden Stadt im fremden Lande.

Mit Vollmachten ausgerüstet, sollte ich für einen in der Heimat krank liegenden Menschen eine kleine Geldangelegenheit erledigen. Der Kranke wartete auf diese Summe, um Arzt, Apothekerrechnung und die eigene Pflege zu bezahlen. Das Geld, das er erwartete, versetzte weder den Kranken noch mich in Hochspannung, denn es machte uns ja nicht reich, es machte uns nicht verschwenderisch glücklich, es konnte nur zur Begleichung ungewollt gemachter Schulden gebraucht werden. Es hob uns nicht über die Alltagssorgen hinweg. Seine Ausgabe war schon genau berechnet, bevor seine Einnahme erfolgt war.

Und nun lag irgendeine Akte geruhsam in einem Fach oder in einem Ablegekorb und wurde nicht gleich bearbeitet. Diese Akte liess mich warten.

Zuerst war ich darüber nicht gerade böse. Schnupperlustig wie ein Hund streifte ich durch die fremde Stadt. Ich kannte sie bald. Ihr Kopfsteinpflaster, ihre kleinen Häuser, die nicht einmal im Anstrich von einander abwichen, ihre winzige Kirche, die dank ihrem gotischen Baustil in den Himmel zu streben versuchte, die verwitterten Grabsteine auf dem Friedhof und den Hafen, der ein paar Fischerbooten Auslademöglichkeit und Obdach bot.

Dann wurde ich der Stadt überdrüssig, und die irgendwo liegende Akte machte mich nervös. Jeder Tag kostete Geld und verzehrte mir die Summe, die ich mir für eine Sommerreise gespart hatte. Diese Akte frass meine Erholung, die ich so bitter nötig hatte.

Ich ging die Hafenmauer entlang und bildete mir ein, ich ginge durch einen sommerlichen Wald. Aber das schwere, schmierige Wasser des Hafens, das gurgelnd gegen die Mauer schlug, wollte sich mir durchaus nicht in das Rieseln einer frischen Quelle verwandeln. Es duftete nicht nach Erde; es stank nach Schlick und dem abgestorbenen Tang, der in den Fischnetzen hängen geblieben

war. Ich flüchtete zurück in die Stadt und ging in müdem Trott die Häuserreihen auf und ab.

Plötzlich stutzte ich. Man trug einen einfachen Sarg aus einer schmalen Haustür. Ein Mann sah mich an, machte mit dem Kopf eine Bewegung in der Richtung nach dem Sarge und sagte: "Das ist eine fremde Frau, eine Deutsche." Der Leichenzug formierte sich. In der ersten Reihe gingen der Pastor und der Mann der Toten (so sagte man mir). Ich folgte als Letze des Zuges und als Wissenswertes erfuhr ich: "Sie hinterlässt drei kleine Kinder."

"Eine fremde Frau!" - Sonderbar, wie das Wort mich ergriff. Sie war hierher verschlagen, hatte ihren Mann, hatte drei Kinder und war doch die fremde Frau geblieben. Wie einsam musste sie gewesen sein in dieser kleinen Stadt! Sicher war ihr die Familie alles, Arbeit, Pflicht und die Freude, die jede Frau im Sorgenkönnen für Andre empfindet. Die Stadt war ihr aber nur der Haufen kleiner Häuser geblieben. Sie war ihr nicht Heimat geworden. Jeder Hafen ist ein Weg in die Welt. Für sie war dieser Weg verschlossen. Arm war sie gewesen; man sah es am Gefolge, am Sarge und an den ruppigen Blumenspenden. Sie hatte die Welt da draussen verlassen; die Familie wurde ihre Welt. Ihre Schritte waren an das Holperpflaster des Städtchens gebunden; die Blicke ihrer Sehnsucht schweiften nur bis zum Leuchtturm, der die Hafeneinfahrt anzeigte. Die Stadt war für sie kein sicherer Port geworden. Sie war und blieb "die fremde Frau". Sie hatte Heimweh gehabt und grosse Wünsche an die Zukunft; es konnte gar nicht anders sein. Sie war schwer gestorben; bestimmt; denn sie hinterliess ja drei kleine Kinder. Jede junge Mutter sträubt sich gegen den Tod.

Auf dem Friedhof angelangt, kaufe ich in einer kleinen Gärtnerei schnell ein paar Blumen. Man senkt den Sarg in die Grube. Hart poltert der Toten die Erde nach. Ich mag diese fremde Erde nicht in ihre Gruft werfen. Ich grüsse sie, die Unbekannte, mit ein paar zwischen den Erdklumpen schnell zerflatternden Blüten.

\+ \+ \+

Endlich ist die Akte den vorgeschriebenen Weg gewandert. Die Geldangelegenheit kann geregelt werden. Schleunigst flüchte ich mit dem nächsten Zuge. Doch mir ist, je näher ich der Heimat komme, als habe ich das Grab eines mir lieben Menschen in der fremden Stadt zurückgelassen.

Erna Büsing.

SPD. Mehr Seele! Der berühmte Pianist Wilhelm Backhaus gab einer jungen Dame Klavierunterricht. Die junge Dame sollte die Mondscheinsonate von Beethoven spielen. "Legen Sie doch ein bisschen mehr Seele hinein!" sagte der Lehrer. Die junge Dame trat das Pedal. Verschwommene Töne erklangen. Da sagte Backhaus verzweifelt: "Ich hatte gesagt, Sie sollten mehr Seele hineinlegen, nicht aber mehr Sohle."

SPD. Kunst fürs Heim. Endlich hatte sich Fräulein Blumental breitschlagen lassen und hatte ein Lied zum besten gegeben. Da stand die Gastgeberin auf und sprach zu Fräulein Blumental: "Weswegen haben Sie sich eigentlich so lange zum Singen nötigen lassen? Sie brauchen nicht wieder zu mir zu sagen, Sie könnten nicht singen - jetzt weiss ich es."

SPD. Hoffnung ist der Traum der Wachenden.

Schottisches Sprichwort.